

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Bezugspreis:**  
 Vierteljahr 1,20 RM., monatlich 1,00 RM., wöchentlich 30 Pf. Fern ins Ausland, besonders über See, Einzelne Sonntagsnummern 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Jahrsbeitrag: Monatlich 1,20 RM. Unter Preisnachlass für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,60 RM., für das übrige Ausland 4 RM. monatlich. Postbestellungen erheben an Telegraf. Kassab., Bismarckstr. 35, Berlin. Die Schweiz, Singen, in die Postbestellungs-Verzeichnisse.  
 Erscheint täglich.  
 Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

**Der Anzeigenpreis**  
 beträgt: die siebenzehnjährige Kolonelle 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweitägig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Feuerungsbeitrag 50 Pf., politische u. gewerkschaftliche Betriebsanzeigen 40 Pf., die Stelle. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gedruckt von 5 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 12. Oktober 1917. Expedition: S.W. 68, Lindenstraße 3.  
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

# Die ungelöste Kanzlerkrise.

## Das Programm der neuen russischen Regierung.

Die neugebildete russische Regierung wendet sich mit einer langen programmatischen Erklärung an die Bevölkerung. In ihrer Einleitung nimmt die Erklärung Bezug auf die neuen, im Lande ausgebrochenen Unruhen, die als eine Folgeerscheinung der Bewegung Kornilows hingestellt werden, und die den Bestand der Republik durch die Umsturz-bewegung bedrohen. „Der Wind der Anarchie“ weht durch das Land, der Druck des äußeren Feindes wächst.“ Es folgen die üblichen Schreckschüsse über bevorstehende Gegenrevolution und Ermordung der Freiheit. Die Regierung betrachtet es als ihre Aufgabe, das Land „ohne neuen Umsturz“ bis zur verfassunggebenden Versammlung zu leiten, die die absolute Gewalt im russischen Lande hat und der die Lösung aller großen Fragen überlassen werden soll. Der zweite Abschnitt der Erklärung, der die Kriegs- und Friedenspolitik der Regierung umgrenzt, soll hier wörtlich wiedergegeben werden:

Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß allein der allgemeine Friede es unserem großen Vaterlande ermöglichen wird, alle seine schöpferischen Kräfte zu entfalten, wird die Regierung unermüdet eine tätige äußere Politik verfolgen im Geiste der demokratischen Grundsätze, wie sie von der russischen Revolution verkündet und zu nationalen gemacht worden sind, und sie wird den Abschluß eines allgemeinen Friedens erstreben unter Ausschluß jeder Vergewaltigung. In vollkommenem Einvernehmen mit den Verbündeten wird die Regierung in aller nächster Zeit an einer Versammlung der alliierten Mächte teilnehmen, auf der sie außer ihren gewöhnlichen Abgesandten durch eine Persönlichkeit vertreten sein wird, die das besondere Vertrauen der demokratischen Organisationen genießt. Auf dieser Zusammenkunft werden zugleich mit der Lösung der Fragen des gemeinsamen Krieges der Verbündeten unsere Vertreter sich mit den Verbündeten auf der Grundlage der von der russischen Revolution verkündeten Grundsätze zu verständigen suchen. Die Regierung wird alle ihre Kräfte anwenden, um die gemeinsame Sache der Verbündeten zu unterstützen, das Land zu verteidigen und energisch jeder Unternehmung zur Eroberung des Bodens anderer Nationen und jedem Versuch, Rußland den Willen eines anderen aufzuzwingen, entgegenzutreten, und sie wird sich bemühen, die feindlichen Truppen aus Rußland zu verjagen.

Der dritte Teil der Regierungserklärung handelt von der Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Armee, die „auf dem Wege der demokratischen Grundsätze“ gemäß dem vom Kriegsminister veröffentlichten Tagesbefehl des Oberkommandierenden erfolgen soll. Die Wiederherstellung der notwendigen militärischen Disziplin wird betont, die Entlassung der älteren Soldaten und die Verteilung der Lebensmittel durch die Genossenschaften verheißen.

Der letzte Teil der Regierungserklärung umfaßt ihr wirtschaftliches, soziales und finanzielles Programm. Zu diesem gehören Einrichtung von Arbeitsbörsen und gewerblichen Sachbedgerichten, Erbschaftsteuer, progressive Kriegsgewinnsteuer, Steuer für Luxuswaren, besondere Steuer für Immobilien, Vermehrung aller indirekten Steuern und Errichtung mehrerer Monopole. Was die Agrarfrage angeht, so ist die Regierung der Ansicht, daß die Beziehungen der Grundbesitzer und der Bauern hinsichtlich des Besitzes der Ländereien von landwirtschaftlichen Ausschüssen geregelt werden können, die, ohne die gegenwärtigen Besitzverhältnisse anzutasten, sich mit der Ausbesserung der Ländereien befassen können, um sie zum Anbau tauglicher zu machen.

Also die gegenwärtigen Besitzverhältnisse sollen nicht angetastet werden. Die Erklärung schließt mit einem Aufruf an die ganze Nation, sich eng um die Regierung zu scharen, um mit ihr an der Bewirkung der gegenwärtigen Grundprobleme mitzuwirken, nämlich Verteidigung des Landes, Wiederherstellung der Ordnung und Einberufung der Verfassunggebenden Versammlung.

Das Programm der neuen russischen Regierung atmet den Geist des Kompromisses zwischen Bürgeramt und Sozialismus. Es zeigt in allgemeinen wenig Entschiedenheit weder nach der einen noch nach der andern Seite hin. Am erfreulichsten ist es, daß die Regierung an dem Ziele festhält, einen „allgemeinen Frieden unter Ausschluß jeder Vergewaltigung“ (ein Ausbruch, der Amerikaner ebenso ausschließt wie Kontributionen) zu erstreben. Die russische Regierung erwartet eine solche Festlegung offenbar nicht als diplomatisch. Ob es ihr freilich gelingen wird, ihre Verbündeten zur Annahme dieses Programms zu bewegen, bleibt einigermaßen zweifelhaft.

## Vergeblicher Angriff der Franzosen bei Draaibant — Infischlacht über Zonnebefe — Zandvoorde — Vorstoß auf dem Ostufer der Maas — Die Lustbente des September.

Amlich, Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1917. (W. Z. S.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Seezugsgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im ständischen Küstenabschnitt und zwischen Blankart-See und Voelkapelle steigerte sich der Artilleriekampf nachmittags zu großer Stärke. Bei Draaibant griffen die Franzosen erneut an, ohne einen Erfolg zu erzielen.

Auf dem Kampffeld südlich von Hymen war das Feuer wechselnd stark; die Engländer griffen nicht an.

Bei einer abends sich über Zonnebefe—Zandvoorde entwickelnden Luftschlacht, an der rund 80 Flugzeuge beteiligt waren, wurden 3 feindliche Flieger abgeschossen.

#### Seezugsgruppe Deutscher Kronprinz.

Auf dem Ostufer der Maas entziffen niederholländische und westfälische Bataillone nach wirkungsvoller Feuerbereitung den Franzosen durch kraftvollen Luftangriff wichtige Gelände im Schaumbelke. Der Feind führte vier heftige Gegenangriffe, die sämtlich verlustreich schürterten. Mehr als 100 Gefangene und einige Maschinengewehre fielen in unsere Hand.

Auch südwestlich von Beaumont und bei Bezanvaux hatten eigene Vorstöße in die französischen Linien vollen Erfolg.

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Das an mehreren Stellen der Front lebhasse Störungsfeuer verstärkte sich zeitweilig in der rumänischen Ebene und bei Draia, das von den Russen beschossen wurde. Zur Bergehung nahmen unsere Batterien Salax unter Feuer, wo Brände ausbrachen.

### Mazedonische Front.

Lebhafte Artillerietätigkeit in der Enge zwischen Ohrida- und Prespa-See, im Cerina-Bogen und zwischen Vardar und Dofran-See. Mehrfach vorstoßende Erkundungsabteilungen der Gegner wurden vertrieben.

Im September beträgt der Verlust der feindlichen Luftkräfte an den deutschen Fronten 22 Fesselballone und 374 Flugzeuge, von denen 167 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgeführt sind.

Wir haben im Kampf 82 Flugzeuge und 5 Fesselballone verloren.

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

## Abendbericht.

Berlin, 11. Oktober 1917, abends. Amlich. Keine größeren Kampfhandlungen.

## Der österreichische Bericht.

Wien, den 11. Oktober 1917. (W. Z. S.) Amlich wird verlautbart:  
 Auf seinem Kriegsschauplatz größere Kampfhandlungen.  
 Der Chef des Generalstabes.

Petersburg, 10. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Außer Geretelli bezeichnet die „Wörtszeitung“ auch den ehemaligen Minister des Innern Wolleutiew als möglichen Sekretär der russischen Demokratie auf der Konferenz der Allierten in Paris. (Vergleiche die vorstehende Erklärung der russischen Regierung.)

Petersburg, 11. Oktober. (Weldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Laut Blättermeldungen verteilen sich die 120 Sitze im Vorparlament, die den nichtsozialistischen Gruppen zustehen, folgendermaßen: Kadetten 64, Partei für Handel und Industrie 24, Ausschuß Moskauer Politiker 15, Grundbesitzer 7. Das Vorparlament wird seine Sitzungen erst aufnehmen, nachdem diese 120 Mitglieder gewählt sind.

## Uruguays grundlose Feindschaft.

Berlin, 11. Oktober. Der Geschäftsträger der Republik Uruguay hat dem Auswärtigen Amte auftragsgemäß ein Dekret seiner Regierung mitgeteilt, in welchem die Beziehungen zum Deutschen Reiche ohne Angabe von Gründen als abgebrochen erklärt werden. Zugleich hat er um Ausbändigung seiner Pässe gebeten.

## Begreift doch!

Begreift doch um alles in der Welt, daß dieser Herr Michaelis und dieser Herr v. Capelle ihren Abschied nehmen müssen! Nicht morgen erst, wie man uns tröstend zu verstehen gibt, sondern heute, und womöglich nicht erst um sechs Uhr abends, sondern schon um zwölf Uhr mittags! Ueber das, was diese beiden Männer angerichtet haben, heult das ganze feindliche Ausland vor Freude. Alle Friedensausichten sind durch ihre unverantwortliche Tat verschüttet, denn die feindlichen Kriegsheber berufen sich heute auf den deutschen Reichskanzler und auf den deutschen Staatssekretär der Marine, wenn sie behaupten, Deutschland stehe am Vorabend russischer Ereignisse, und binnen kurzem werde der Triumph der Verbündeten vollkommen sein.

Wir wissen, daß das nicht wahr ist. Mehr als drei Jahre hat sich das deutsche Volk gegen eine Uebermacht vertheidigt in heldenhafter Geschlossenheit wie nie ein Volk zuvor. Im Kampfe nicht nur gegen das Ausland, sondern auch gegen die wahnwitzige Ueberheblichkeit einer kleinen Schicht geborener Herrengeister gelang es, einen Zustand herbeizuführen, aus dem sich die erste ernste Hoffnung auf einen nicht mehr fernem ehrenvollen Frieden schöpfen ließ. Und da kommen zwei unfähige Minister, erzählen dem lauernden Ausland Schauererzählungen von einer großen revolutionären Verschwörung in der Marine und peitschen damit Kriegslust und Siegesüberstolz der Gegner auf neue auf! Alles, was die deutsche Sozialdemokratie, was die deutsche Arbeiterklasse getan hat, um dem Ausland den Glauben an den nahenden inneren Zusammenbruch Deutschlands anzureden, ist durch diese beiden Helden verpöcht und vertan!

Eine neue schlimme Vorkasft ist gestern im Reichstag gemeldet worden. Frau Luise Zieh ist verhaftet! Wie wird diese Notiz im Inland, wie im Ausland wirken? Biewohl uns das Schicksal dieser kranken Frau nicht gleichgültig ist, fragen wir nur danach, was die politischen Folgen dieser Verhaftung, die Folgen für die Allgemeinheit sein werden. Das Ausland wird sagen: Die Affäre nimmt immer größeren Umfang an. Der Brand greift um sich. Im Inland wird man in leidenschaftlichster Weise für und gegen die verhaftete Partei ergreifen und — täuscht Euch doch nicht darüber! — sehr viele werden nicht glauben wollen, daß dieses Verfahren ein reines Rechtsverfahren und von politischen Gründen unbeeinflusst sei. Dafür haben wieder die Herren Michaelis und v. Capelle gesorgt. Sie haben das Vertrauen in die Rechtsprechung erschüttert. Sie haben im Reichstag einen Angriff auf drei Abgeordnete unternommen, der mißglückt ist und der ihnen die eigene Reputation gekostet hat. Wie muß es da wirken, wenn am Tage darauf in derselben Angelegenheit eine Frau verhaftet wird, die eben nicht Mitglied des Reichstags ist, die nicht gegen sie erhobene Beschuldigungen vor öffentlicher Tribune zurückweisen kann, die man verhaften und verurteilen kann, ohne daß ein Immunitätsauschluß die gegen sie erhobene Anklage auf ihre Tragfähigkeit prüft? Wird es nicht heißen: „Es rast der See und will sein Opfer haben!“?

Aller Wahrscheinlichkeit nach war die Verhaftung der Frau Zieh schon vor dem 9. Oktober beschlossen. Um so unbegreiflicher wäre dann aber die Ummünzung dieser Rechtsangelegenheit zu einer politischen Streitfrage. Allerdings, der Name der Frau Zieh ist in der Debatte nicht genannt worden. Aber die Verhaftete steht zu den drei Abgeordneten im allgemeinen und besonders in dieser Sache in so enger Beziehung, daß man mit einem hohen Grade von Wahrscheinlichkeit sagen kann: Ist sie schuldig, dann sind es die drei Abgeordneten auch, und sind die drei Abgeordneten nicht schuldig, dann ist sie es auch nicht. Niemand kann daran zweifeln, daß ihre Beurteilung ein Triumph für die noch immer gegenwärtige Regierung wäre, sowie für die Rechte, die sich mit fanatischem Parteieifer schon auf die Schuld ihrer drei Mitbeschuldigten verbißen hat, und daß ihre Freisprechung für sie die schwerste politische Niederlage bedeuten müßte. Und dieser Prozeß soll hinter verschlossenen Türen geführt werden! Was soll daraus werden?

Wir stellen fest, daß die unheilvollen Wirkungen, die sich für das Reich aus der Tat der beiden Minister ergeben, unabsehbar sind. Sie werden auch nicht damit ausgelöscht, daß diese Herren schleunigst aus ihren Ämtern verschwinden. Aber daß sie nach alledem, was sie angerichtet haben, noch, sei es auch nur für kurze Zeit, in ihren Ämtern bleiben sollen — das ist das Unvorstellbare. Was soll die Welt von uns denken, wenn das möglich ist!

Der Nachfolger des Herrn Michaelis wird vor einer unendlich schweren Aufgabe stehen. Er soll das erregte Land beruhigen, den Glauben an ein unparteiisches

Nachverfahren wiederherstellen, den Ruf der deutschen Einigkeit im Verteidigungskriege vor dem Ausland aufs neue befestigen und mit ihm den Glauben, daß die Gegner mit einem ungebrochenen Deutschland Frieden schließen müssen. Das ist eine Aufgabe für einen Riesen. Aber sie wird mit jedem Tage, um den ihre Lösung hinausgeschoben wird, schwerer, und das Uebel wird mit jedem Tage, den man es noch gewähren läßt, schlimmer.

Begreift also, daß zu superflügen Erwägungen des Für und Wider jetzt keine Zeit ist. Es geben im bürgerlichen Lager gefeierte Leute herum, die sagen: „Es ist noch nicht soweit, aber lange kann es nicht mehr dauern.“ Solche Geschwätz ist weiter nichts als schwächliches Ausweichen vor einer drängenden Entscheidung, ewiger Fluch der Halbheit! Und wenn aus formalen Gründen — wegen der augenblicklichen Abwesenheit des Kaisers — die notwendige Lösung auch um ein paar Tage verschoben werden müßte, so soll doch keinen Augenblick ein Zweifel daran bestehen können, daß sie so rasch und so reichlich wie möglich vollzogen werden wird. Sonst wird, was an Glauben an die Zukunft im Volke, was an Ruf und Ansehen Deutschlands in der Welt noch besteht, rettungslos ruiniert!

### Das Auslandsecho der Reden Michaelis-Capelle

wird vom Wolffschen Telegraphenbureau verschwiegen, obwohl dieses in der Lage ist, sehr ausführliche Kommentare der Auslandspressen zu der später gehaltenen Rede Kühnmanns zu bringen. Aus Privatmeldungen ist zu ersehen, daß die Capelle'schen „Entwicklungen“ in der Presse des feindlichen Auslandes einen fast noch schlimmeren Sturm des Jubels hervorgerufen haben, als man ohnehin erwarten mußte. Englische, französische und italienische Blätter verkünden ihren Lesern um die Wette, daß die Wilhelmshavener Vorgänge nur ein Vorpiel der nicht bevorstehenden deutschen Revolution seien, und daß der innere Grund der deutschen Friedensbereitschaft kein anderer sei, als daß die deutsche Regierung die Empörung des Meeres fürchte.

Reuter veröffentlicht eine Unterredung mit einem englischen Admiral, der die Reuterei von Wilhelmshaven für eine der „erstaunlichsten Tatsachen des ganzen Krieges“ erklärt und hinzufügt: „Wenn sie nicht amtlich im Reichstage eingelesen worden wäre, würde man ihr keinen Glauben haben können.“ Die Wirkung eines solchen Zugeständnisses auf die öffentliche Meinung wäre noch nicht vorzusehen. Man dürfe jetzt in Deutschland alles erwarten.“

Wenn der Admiral von der Unzuverlässigkeit des deutschen Meeres und der deutschen Flotte alles erwartet, so wird er sich täuschen. Sollte er aber seine Erwartungen auf die Unfähigkeit der deutschen Minister setzen, so hätte er die bisherige Erfahrung für sich.

### Rücktritt Capelles?

Die „Vossische Zeitung“ will wissen, daß der Rücktritt Capelles unmittelbar bevorsteht. Und zwar deshalb, weil Michaelis (!) mit ihm nicht einverstanden sei. Capelle sei mit seinen Anschuldigungen weitergegangen, als Michaelis wünschte.

Dazu ist zu bemerken, daß Michaelis in seiner Schilderung der Zustände in der Marine viel weiter gegangen ist, als Capelle wünschte. Wofür schlüssige Beweise vorhanden sind.

Uns scheint, die beiden Herren hätten einander nichts vorzuwerfen. Wenn sie aber einander etwas vorzuwerfen haben, so sollen sie es als Privatleute unter sich ausmachen. Sollte der Reichskanzler glauben, er könnte sein treibendes Werk schwimmfähig machen, indem er den Marineminister über Bord wirft, so wäre das nur ein neuer Beweis für seinen „politischen Weltbild“.

### Hertling auch noch!

Der bayerische Ministerpräsident, Graf Hertling, hat gestern im Hauptauschuß der Reichstages-Abgeordnetenversammlung eine Rede gehalten, in der er sagte, es sei „ein schwerer gut zu machender Fehler“ gewesen, jetzt den Gedanken eines autonomen Reiches in die Öffentlichkeit zu werfen. (Siehe dazu auch die Rede des Genossen Dr. David im heutigen Reichstagsbericht.) Heber Belgien sagte Hertling: „Bezüglich unserer wirtschaftlichen und politischen Sicherung in Belgien werde man maßvoll und in Berücksichtigung der belgischen Wünsche vorgehen.“ — Wir sind auch für Berücksichtigung der belgischen Wünsche, die gehen aber dahin, daß Belgiens Selbständigkeit kein Haar gekrümmt werden soll. Und über Lloyd George: „Er hat schon lange mehr keine hochtönende Rede gehalten.“ — Zu einer solchen wird aber Lloyd George durch die Schritte der neuesten Berliner und Münchener Ministerreden gewiß begeistert werden.

### Die Strafexpedition gegen Tashkent.

Petersburg, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem lange keine Nachrichten mehr aus Tashkent eingetroffen waren, sind jetzt einige Mitteilungen eingegangen, aus denen hervorgeht, daß die Lage dort immer noch kritisch ist. Der Aufstand der Arbeiter dauert fort. Die Strafexpedition des Generals Korowitschenski ist noch nicht in der Stadt angekommen.

(Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Strafexpedition des Generals Korowitschenski ist in Tashkent angekommen, hat das „Freiheitshaus“, den Hauptsitz der Aufständischen, besetzt, die Räume des Arbeiter- und Soldatenrats durchsucht und den von diesem ernannten Gouverneur nebst den Mitgliedern des Revolutionärausschusses verhaftet; die Ruhe ist schnell wiederhergestellt worden.

Petersburg, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf der Wladikavkaz-Bahn hat eine Verbrechenbande von siebzehn Mann die Schienen angegriffen und einen Schnellzug zur Entgleisung gebracht, von welchem sechs Wagen den Dampf hintertrieben. Die Verbrecher haben darauf alle Fahrgäste, von denen acht getötet und fünfzig verletzt worden waren, ausgeplündert.

### Streiks und Wirtschaftsnöte.

Katu, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der allgemeine Zustand der Arbeiter und Angestellten in der Erzbergbauindustrie in der ganzen hiesigen Gegend hat unter Leitung eines Hauptauschusses und von Bezirksauschüssen der Unabhängigen begonnen; die Stadt ist ruhig.

Petersburg, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Verband der Zeitungsverleger und Chefredakteure von Petersburg veröffentlicht eine Mitteilung an die Leser, daß die Presse demnächst infolge der außergewöhnlichen Preiserhöhung für Zeitungsbedarf und Druckerlöhne, unheilbarer Abnutzung der Maschinen und des jüngst ausgebrochenen Aufstandes in den Papierfabriken in eine sehr schwierige Lage kommen könnte.

### Endergebnis der finnischen Landtagswahl.

Helsingfors, 11. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nach vorläufigen Angaben werden die Endergebnisse der Landtagswahl folgende sein: Sozialdemokraten 92 Sitze, Bürgerlicher Block 84, Agrarpartei 24, Schwedische Partei 17 Sitze und 1 Lappe.

Petersburg, 10. Oktober. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Sitzung der juristischen Kommission bei der vorläufigen Regierung, der der Generalgouverneur für Finnland Rekrassow betrautet, wurden die durch die juristische Kommission des finnischen Senats ausgearbeiteten Gesetzentwürfe über die Form der republikanischen Regierung Finnlands und der wechselseitigen Beziehungen zwischen Rußland und Finnland besprochen. Die Regierung soll die Absicht haben, die genannten Kommissionen zu bereinigen, um die Einzelheiten der Vorschläge auszuarbeiten.

### Ankunft der Serben in Stockholm.

Stockholm, 10. Oktober. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die serbischen Genossen Kozlerowic und Popovic kamen heute hier an.

In russischen Koalitionsministerien, dessen bürgerliche Mehrheit im Hinblick auf den Verkauf der demokratischen Konferenz ausfällt, wird besonders Konowalow bemerkt, welcher demissioniert hatte, weil ihm die Kabinettspolitik zu radikal war. Der Arbeitsminister Smogdow war bisher Ministergehilfe desselben Ministeriums und ist gemäßigter Menschheit. Er ist aus der Arbeiterschaft hervorgegangen und war tätiger Gewerkschafter; auch war er Vorsitzender der Arbeitergruppe des Ausschusses in der Kriegsindustrie.

### Die Verweigerung der Pässe an die französischen Gewerkschaften.

Die „Humanität“ vom 3. Oktober erwähnt kurz den Eintritt der Berner Internationalen Gewerkschaftskonferenz, deren Bedeutung sie hauptsächlich in der Frage der Verlegung des Internationalen Sekretariats erblickt. Der französische Gewerkschaftsbund habe beschlossen, zehn Delegierte nach Bern zu entsenden, um dort für die Verlegung zu wirken. Aber die Regierung verweigerte die Pässe. Das sei bedauerlich, denn es war nötig, gegen den Apparat des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu entziehen und zwar im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Seit Kriegsbeginn hat der französische Gewerkschaftsbund die Verlegung des Sekretariats verlangt. Aber Legten, sich an die Statuten haltend, antwortete, daß nur eine internationale Konferenz berechtigt ist, darüber zu entscheiden. Man durfte hoffen, daß eine solche Konferenz zustande kommt, da der Schweizer Gewerkschaftsbund die Aufgabe übernahm, eine derartige internationale Zusammenkunft zu organisieren.

Die Verweigerung der Pässe an die französischen Delegierten lasse befürchten, daß die Bestrebungen des französischen Gewerkschaftsbundes scheitern würden. Die „Humanität“ fährt dann fort:

„Man muß es anerkennen, daß unsere Regierung einen um so größeren Teil der Verantwortlichkeit tragen wird, als die Verlegung des Sekretariats aus Bern eine nicht unbedeutende moralische Bedeutung für die Sache der Arbeiter haben dürfte, während umgekehrt die Pässverweigerung sicherlich vom deutschen Imperialismus sowohl in Deutschland wie in den neutralen Ländern aufgedeckt werden wird.“

Es ist sehr reich zu sehen, wie einseitig die Mehrheit des französischen Sozialismus die Vorgänge in der internationalen Arbeiterbewegung betrachtet. Die ganze Berner Konferenz hat für sie nur die Bedeutung einer Demütigung der deutschen Gewerkschaftsführer. Der Umstand, daß in Bern die Arbeiterinternationalen wieder aufsehen konnten und daß sie proletarische Forderungen an den Friedenskongreß stellen wollten, zählt für die „Humanität“ nicht.

### Ein Brief von Henderson.

Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt aus London: Auf dem französischen Sozialistenkongreß in Vordoug wurde am Sonntag ein Brief von Henderson verlesen. Darin steht geschrieben: Der Gewerkschaftskongreß in Glasgow hat die Bestimmung getroffen, daß nationale Eintracht betreffs der Kriegsziele erreicht werden müsse, ehe die internationale Konferenz abgehalten werden könne. Wenn die Franzosen sich über die Politik betreffs der Kriegsziele einigen könnten, indem sie vor allem den Wunsch der Arbeiter, ebenfalls mit einem Einfluß auf den Völkervertrag ausüben zu können, berücksichtigen, würde es den Franzosen und Engländern bald möglich sein, ihre Bemühungen fortzusetzen, bis dann eine Uebereinstimmung erreicht ist. Dann wird ein zweiter Schritt gerechtfertigt erscheinen, der sich zum Zweck macht, eine internationale Konferenz zustande zu bringen.

### Verhaftung eines sozialistischen Provinzialrats in Turin.

Bern, 11. Oktober. „Corriere della Sera“ zufolge war in Turin gegen den Provinzialrat Francesco Barberis, einen der rühmlichsten Propagandisten der revolutionären Sozialisten ein Haftbefehl erlassen worden. Der Betroffene konnte sich bis gestern im Zentralgebäude des Konsumvereins, wo er Inspektor war, verstecken. Das Anwesen wurde gestern von 70 Carabinieri umstellt, worauf nach der Darstellung des „Corriere della Sera“ Barberis sich ohne Widerstand verhaften ließ. Wie das Blatt hinzufügt, wurde jedoch bei der Verhaftung ein Polizist getötet.

### Einverständnis mit der deutschen Demokratie

#### Die Forderung Ramsay MacDonalds.

Der sozialistische Abgeordnete Ramsay MacDonald schreibt im „Pioneer“ vom 14. September:

Die große Frage ist: Wie kommen wir zu einem Einverständnis mit der deutschen Demokratie? Auf diese Frage kann nur die Unabhängige Arbeiterpartei (I. S. P.) antworten; nur sie hat eine Politik, die dieser Frage entspricht. Alle anderen Parteien haben nur Worte, die sie durch ihre Handlungsweise schwächen.

Das Ziel, das wir suchen und das die Regierungen durch ihre Aktionen unmöglich machen, ist die Demokratisierung Europas.

Dieses Ziel ist nur zu erreichen durch eine Konferenz der Führer der Organisationen der Arbeiterklasse.

Zu Anfang dieses Jahres versicherte man uns, daß der Krieg im Jahre 1917 zu Ende sein wird, vor einigen Monaten forderte man uns auf, die „Siegesanleihe“ zu zeichnen. Wie lange noch sollen wir uns durch dieses Spiel betören lassen?

### Camille Huysmans.

Der Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau Camille Huysmans steht bei der belgischen patriotischen Presse in höchstem Maße, insbesondere seit dem Beginn seiner Tätigkeit für Stockholm. Er wird rühmend von ihr beachtet, ein Werk „Le Socialisme“ in Deutschland zu sein. Der „Socialiste Belge“ vom 6. Oktober nimmt ihn gegen einen Angriff der in London erscheinenden „Independence Belge“ in Schutz und macht bei dieser Gelegenheit folgende Angaben über das Leben und Wirken Huysmans:

„Er hat 100 000 Heimarbeiter, die in schönlicher Weise ausgebildet worden, verteidigt und die ganze Bewegung zum Gewerkschaftsbewusstsein herbeigeführt.“

„Er wurde zum Sekretär des Internationalen Sozialistischen Bureau ernannt, nicht weil er deutsch spricht, sondern weil er mehrere Sprachen versteht.“

„Er ist nicht der Gründer des „Socialiste Belge“; dieses Blatt ist das Organ des Verbandes der belgischen Arbeiter in Holland.“

„Er ist mit der deutschen Regierung in Verbindung getreten auf Verlangen der belgischen Regierung, als die belgischen Arbeiter einen Aufruf an das Proletariat der ganzen Welt erließen.“

„Er ist für einen gerechten und dauerhaften Frieden ohne Einverleibungen und ohne Kriegsentwickelung, aber er ist der Ansicht, daß die Deutschen verpflichtet sind, auf ihre Kosten Belgien wiederherzustellen.“

„Er hat die Transport- und Munitionsarbeiterkreise nicht gebildet; er hat vielmehr Hunderten von Belgiern, die der Sache der Arbeiter nützlich waren, dazu verholten, von Belgien nach Frankreich und England durchzukommen.“

„Er besitzt — als Sekretär des organisierten Proletariats von 24 Ländern — ungefähr 12 Millionen Arbeiter. Er erbielt in Basel das Mandat von Jaurès, die Internationale zu verteidigen.“

„Er wird von der ganzen belgischen Arbeiterpartei als einer ihrer Vertreter anerkannt.“

Daß Huysmans Belgien aus dem besetzten Gebiete dazu verhelfen hätte, zu den Ententeheeren zu stoßen, ist neu; die Behauptung wird unseres Wissens hier zum erstenmal aufgestellt.

### Die Schlacht in Flandern.

Berlin, 11. Oktober. Das Kampffeld in Flandern, das in den wiederholten Gewaltangriffen der Engländer viele Hunderttausende vergeblich gegen die deutsche Front anrennen ließ, lag nach dem letzten Stoßangriff am 9. Oktober dauernd unter lebhaftem Artilleriefeuer, das sich vom Nachmittage des 10. ab an der Küste und zwischen Blankenberge und Poelcapelle bis zu großer Stärke steigerte. Gegen 6 Uhr abends ging das starke Geschützfeuer in Gegend Draisbank und nördlich des Houthouster-Waldes in Trommelfeuer über und dehnte sich bis in Gegend Poelcapelle aus. Unter gleichzeitiger Einnebelung unserer dortigen Stellungen erfolgte ein harter erneuter französischer Angriff beiderseits Draisbank und zugleich der Vorstoß einer feindlichen Großpatrouille an der Bahn Boesinghe-Straden. Unter starken blutigen Verlusten wurden die Angriffe restlos abgewiesen, während unsere Stahtruppen ein südlich der Bahn Draisbank-Straden vom 9. Oktober vertriebenes Engländernest trotz heftiger feindlicher Artillerie-Gegenwirkung zum größten Teil säuberten.

Im Artois und in der Gegend von St. Quentin und an der Aisnefront steigerte sich zeitweise die Feuerstärke, die besonders in Gegend Fort Malmaison und am Chemin-des-Dames größere Stärke annahm und erst nachts abkante.

Auf dem Oiseufer der Meuse drangen wir bei Tagesanbruch in 700 Meter Breite und 300 Meter Tiefe in die französischen Stellungen im Chauwalle ein und hielten die neu gewonnenen Gräben gegen mehrfach wiederholte starke Gegenangriffe des Feindes. Bisher wurden 8 Offiziere, 115 Mann und 2 Maschinengewehre eingebracht. Die blutigen Verluste des Feindes sind schwer. Infolge dieser Unternehmung blieb das Feuer tagsüber und während der Nacht lebhafter, und griff auch zeitweilig auf die benachbarten Abschnitte über. Gegen 8 Uhr abends gelang es uns auch am Nordhang der Höhe 844, ein weiteres feindliches Grabensystem zu nehmen und Gefangene einzubringen.

Englischer Heresbericht vom 10. Oktober abends. Im Laufe des Tages führten feindliche Angriffe gegen unsere neuen Stellungen in der Nähe der Eisenbahn Draisbank-Straden zu einem drückenden Kampf, ohne eine wesentliche Änderung in der Lage herbeizuführen. Weitere Gegenangriffe wurden vom Feinde nicht gemacht, und unsere Truppen an der Schützengrabenfront waren damit beschäftigt, die von ihnen gestern eroberten Stellungen trotz der großen sich aus dem Ruin des Bodens ergebenden Schwierigkeiten einzurichten. Die Artillerietätigkeit hielt beiderseits an. Die Zahl der von uns gestern gemachten bisher gemeldeten Gefangenen beträgt 2098, darunter 20 Offiziere. Diese Zahl schließt die 400 von den Franzosen gemachten Gefangenen ein. Wir erbeuteten auch einige Feldgeschütze und eine Anzahl Maschinengewehre und Grabenmörser.

### Kämpfe in Ostafrika.

Englischer Heresbericht aus Ostafrika vom 10. Oktober. Nördlich vom Joffobee hat sich eine deutsche Abteilung von 8 Europäern und 53 Askaris ergeben. Mit Ausnahme weniger Personen ist diese Abteilung der ganze Rest der Streitmacht, welche in den vergangenen Monaten in den nördlichen Bezirken einen Kleinkrieg führte. Im westlichen Gebiet wurde Mahenge von belgischen Truppen nach einem Vormarsch durch schwieriges Gelände angegriffen und belagert. Die belgischen Kolonnen bleiben in enger Fühlung mit den feindlichen Abteilungen südlich und südwestlich von Mahenge. Auf dem Hauptkriegsschauplatz bringen starke Abteilungen unserer Truppen durch schwieriges Gelände, Wasser-Lajes Land auf drei Strahlen vor. Die Nachhut der feindlichen Hauptstreitkräfte zieht sich aus dem Mchemkurutoi zurück und wird auf der Haupttrasse bedrängt. Portugiesische Abteilungen halten das Südufer des Rovuma.

Le Havre, 11. Oktober. (Havasmeldung.) Bericht aus Ostafrika: Die belgischen Truppen, Gruppe des Majors Bataille, setzten ihre Angriffsunternehmung südlich des Kilimbarokiffes tätig fort. Am 7. Oktober durchdrangen sie die auf ausgedehnter Front eingerichteten feindlichen Stellungen. Diese Front wird durch die nördlich und westlich von Mahenge gelegene Hügelkette bezeichnet. Die deutschen Streitkräfte wurden aus der ersten Verteidigungslinie zurückgeworfen und zogen sich kämpfend auf die zweite Linie der Höhenlänne nördwärts Mahenge zurück, auf welcher Aufmarschstellungen vorbereitet waren. Am 9. Oktober rückte Major Müller, der Führer der rechten Kolonne, in Mahenge ein, das die Truppen besetzten. Die Verfolgungsunternehmungen dauern in der Gegend südlich Mahenge an, wobei der Feind sich zurückgezogen hat. Jenseits dieser Gegend geben die belgischen Kolonnen von Songee und Dupembe vor. Mahenge war der letzte Hauptort des Bezirks, der sich noch in deutschen Händen befand.

Ein schwarzer Tag des Belagerungszustandes.

126. Sitzung. Donnerstag, den 11. Oktober 1917, vormittags 10 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Helfferich, Graf Noebern. Auf der Tagesordnung steht die dritte Lesung der Vorlage über die

Wiederherstellung der Handelsflotte.

Abg. Dr. Bell (S.) begründet einen Antrag auf eine andere Abgrenzung der Prozenzfrage und Skalen für die Zuschläge zu den vom Reich zu gewährenden Beihilfen.

Abg. Dr. Herzfeld (U. Soz.) Wir lehnen die Vorlage ab. Wir wollen nicht, daß dem Kapitalismus im Reederwerb ein derartiges Milliarden Geschenk in den Schoß geworfen wird.

Milliardengeschenk

wird eine zunehmende Trübsucht in der Schifffahrt und im Schiffbau sein. Die Kurse der Werften sind gewaltig gestiegen, als die Annahme des Gesetzes feststand.

Abg. Emmel (Soz.): Jetzt, wo über die Entschädigung aller durch den Krieg Geschädigten noch nicht entschieden ist, erscheint uns dieses Gesetz nicht gerechtfertigt.

Abg. Hente (U. Soz.): Als unbedingte Gegner des Gesetzes lehnen wir auch den sozialdemokratischen Antrag ab.

Abg. Hente (U. Soz.): Als unbedingte Gegner des Gesetzes lehnen wir auch den sozialdemokratischen Antrag ab.

Nachtragsetat.

Abg. Ledebour (U. Soz.):

Gegen die Einrichtung eines Vizenzlerpostens hat gerade ein Sachmann wie Graf Posadowski so schwere Bedenken erhoben, daß die Zustimmung der Mehrheit nur daraus zu begreifen ist, daß sie aus Verlegenheit über den unzulänglichen Dr. Michaelis sich mit Dr. Helfferich behelfen will.

Dr. Michaelis so absolut unbrauchbar

ist für sein Amt, sowohl der Fähigkeit wie dem Charakter nach. (Munche, Ordnungsm.) daß er bald auf einen anderen Posten versetzt werden muß.

ein Dubenstüb

sei, erkennen, um einen solchen Mann zu verdrängen. (Präsident Dr. Kaempf: Ich kann nicht einsehen (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) wie das zum Nachtragsetat gehört.)

Abg. Dr. David (Soz.):

Wir haben den Nachtragsetat im Interesse der Einheitlichkeit des Volkes und der Regierung abgelehnt. Doch Einheitlichkeit heute nicht besteht, ist freilich Lausache; daß sie aber durch Berufung eines Vizenzlers und insbesondere Dr. Helfferichs erhöht würde, begreifeln wir.

die elsaß-lothringische Frage

im Hauptausschuß der bayerischen Abgeordnetenkammer getan hat. (Hört! hört!) Vorgesetzt hat Herr v. Kuhlmann auf die Bedeutung dieser Frage für die Friedenspolitik hingewiesen.

Konflikt zwischen Heer und Parlament

hinarbeiten. Das wäre der Anfang vom Ende. Heer und Parlament gehören zusammen und wir verlangen vom Kriegsminister und vom Reichskanzler ein deutliches Abwachen von diesen Freiheiten.

werden, wie es die große Mehrheit des elsaß-lothringischen Volkes haben will, durch Schaffung eines selbständigen Bundesstaats mit möglichst demokratischen Einrichtungen.

Zersähertheit und die inneren Reibungen

innerhalb der Reichsleitung nur noch vermehrt werden. Die staatsrechtliche Stellung dieses Vizenzlers ist ganz unklar. Er wird als Vorgesetzter des Staatssekretärs in ihr Amt hineingeredet können.

Abg. Stadthagen (U. Soz.): Im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen meine Freunde ist jetzt auch

Frau Zieh verhaftet

worden. Man richtet sich jetzt nicht mehr nach Schuld oder Unschuld, um eine Anklage zu erheben, sondern lediglich nach der Person.

Die Debatte schließt. Der Nachtragsetat wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten angenommen.

Die Ausschüsse beim Militär hat sich auf Angelegenheiten des militärischen Dienstes zu beschränken. Jedwede politische Unterweisung der Soldaten, insbesondere über Kriegsziele und Friedensfragen, durch Vorgesetzte wird untersagt.

Einsetzung des Vereins- und Versammlungsbereichs

im Zusammenhang mit dem Bericht des Ausschusses betreffend Schusskraft, Belagerungszustand usw. und den dazu gestellten Resolutionen fortgesetzt.

Die weitere Resolution verlangt baldige Beseitigung der politischen Zensur, bei der Handhabung der Zensur gegenüber der Presse nur Beschränkung von Mitteilungen, durch die militärische Unternehmungen beeinträchtigt werden könnten.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (U. Soz.) beantragen in einer Resolution sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Op.):

Wir haben heute die 25. Zensurdebatte. Monat für Monat werden hier dieselben Reden gehalten, aber ohne jeden Erfolg.

das Zentrum einer Reptilienmaße

aller schlimmster Art zu sein. Der Burgfrieden wird durch die einseitig schriftstellerische Tätigkeit des Kriegspresseamts aufs schlimmste gebrochen.

Konflikt zwischen Heer und Parlament

hinarbeiten. Das wäre der Anfang vom Ende. Heer und Parlament gehören zusammen und wir verlangen vom Kriegsminister und vom Reichskanzler ein deutliches Abwachen von diesen Freiheiten.

politik kann sie nicht gebelken, sondern nur auf dem Boden der Freiheit. (Lebhafte Weisfall bei der Volkspartei.)

Staatssekretär Dr. Helfferich:

Die Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie jede amtliche Begünstigung irgendeiner Agitation nicht billigt, sondern mißbilligt und verwirft und gegen Verstöße gegen diesen Grundsatz einschreiten wird.

Staatssekretär des Innern Dr. Wallraf:

Die politischen Rechte, die durch das Belagerungszustandsgesetz zeitweise außer Kraft gesetzt sind, bilden zweifellos den Grund- und Kernstod der staatsbürgerlichen Freiheit.

insgesamt 18 Zeitungen verboten.

Der Wunsch des Ausschusses, daß bei einem Zeitungsverbot der Reichskanzler jedesmal gefragt werden soll, ist praktisch unausführbar, denn solche ein Verbot muß sofort einsehen.

Oberst Weisberg: Wie der Kriegsminister in der Kommission, muß ich auch hier erklären, daß von seiten des Kriegspresseamts viele Fehler gemacht worden sind und daß das ganze Streben des Kriegspresseamts sein muß und sein wird, diese Fehler für die Zukunft zu vermeiden.

Abg. Dr. Noeße (L.): Wir sind für objektive Handhabung der Zensur, denn auch wir haben zu klagen über Einschränkungen durch die Zensur.

Abg. Jäger (nalk.): Das Recht, Lohnforderungen zu stellen, darf den Arbeitern nicht genommen werden. Die Behauptung, daß die Steigerung der Löhne die Steigerung der Lebensmittelpreise hervorgerufen habe, ist ganz falsch.

Abg. Mumm (D. Fr.): Aus der Rede des Kriegsministers sprach der Geist wahrer Unparteilichkeit. Die Resolution, die die Verordnung über die Veranlassung von Lichtspielen wünscht, bitte ich abzulehnen.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.):

Polizei und Militärbehörden stellen sich in den Dienst der Unternehmung, um die gewerkschaftlichen Bestrebungen zu unterdrücken.

Einschiebung mißliebiger Arbeiter zum Militär

ist in ein ganz raffiniertes System gebracht. Durch die Streikerliste haben die Generalkommandos das Kooperationsrecht der Arbeiter völlig aufgehoben; dagegen erheben wir den entscheidendsten Protest.



### Um gleiches Recht in der Gemeinde.

#### Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Vorsicher Niehelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Die Einführung und Verpflichtung der neu gewählten Mitglieder der Reichenschiedungskommission Geh. Justizrat Dr. Diekmann, Direktor der Rüstwerke Karl Müller, Kaufmann und Handelsrichter Hugo Heilmann wird vollzogen. Die Fristen für die Bebauung des Scheunenviertels werden gemäß dem Magistratsantrage um 4 Jahre bis zum 1. April 1921 bzw. 1924 verlängert.

#### Sozialdemokratischer Wahlrechts-Antrag.

Am 11. September hat die sozialdemokratische Fraktion (Stadtv. Heilmann und Genossen) folgenden Antrag eingebracht:

Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an den preussischen Landtag namens der Stadtgemeinde eine Petition zu richten, in der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts nach dem System der Verhältniswahlen für alle über 20 Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts und unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.

Stadtv. Heilmann (Soz.): Schon einmal hat ein ähnlicher Antrag Singer die Versammlung beschäftigt, sie hat ihn aber nicht angenommen, da er angesichts der Stimmung des Landtages aussichtslos schien. Seitdem sind 17 Jahre vergangen, und zumal die letzten drei Kriegsjahre haben die Auffassungen in den weitesten Volksschichten auch über die Notwendigkeit der Wahlreform, der Umgestaltung der politischen Verhältnisse Preußens im Sinne der Demokratisierung ganz erheblich reformiert und revolutioniert. Da haben wir es für erforderlich gehalten, auch die Berliner Stadtverwaltung vor die Entscheidung über eine Reform des Gemeindevahlrechts zu stellen. Die geheime Wahl war die Regierung schon vor 40 Jahren zu langweilen bereit. Den Liberalen ging aber 1876 die b.z. Vorlage lange nicht weit genug; insbesondere sprach sich Eugen Richter damals durchaus im Sinne des allgemeinen Wahlrechts aus. Die Konserativen, die 1848 noch gegen jeden Fortschritt standen, standen 1876 auf dem Standpunkt des „Kritikums und Mittatums“, auf den sich 1900 hier in diesem Saale auch die Freikämmerer stellten, wie sie denn auch später, z. B. 1906, im Landtage diese rückwärtige Auffassung verfochten. Man erhebt daraus: alle Wahlrechtsfragen sind Nachfragen. Es wäre hochinteressant, wenn der Krieg, der große Umstürzer, auch hier einen Wandel herbeigeführt hätte. Die Hinüberrettung des „Schäpferbogens“ in den Frieden wird ohne eine solche Reform in unserem Sinne eine Unmöglichkeit sein. Auch Pastor D. Neumann sieht für den Wahlrechtsantrag nach diesem Kriege absolut keinen Raum mehr. Unheilbar wie das Dreiklassenwahlrecht würde auch jedes Jenseitswahlrecht sein, denn dieses ist mindestens ein Zweiklassenwahlrecht. Es gibt keinen Grund, einen Unterschied zwischen hoch und niedrig und längst entlassener Arbeit zum Zweck der Zumessung politischer Rechte zu konstruieren. Wir fordern weiter die Verhältniswahl und das Frauenwahlrecht. In diesen Kriegen wäre unser Wirtschaftswesen ohne die bewundernswürdige Leistung der Frauen zugrunde gegangen; da muß der Dank an sie endlich auch durch Taten zum Ausdruck kommen. Schon vor dem Kriege besaßen in vielen Staaten die Frauen das Wahlrecht, zum Teil auch zu den gesetzgebenden Körperschaften, so in Australien, in der Union, in England, Dänemark, Norwegen. Welche Kreise der bürgerlichen Frauenwelt stehen ebenfalls zu unserem Antrag. Die Wohlwollendsten vom zwanzigsten Jahre ab ist schon als Konsequenz der Dienstpflicht geboten. Die Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes zielt auf das Hausbesitzerprivileg, der Dimweis schien uns notwendig, weil man in den Hausbesitzervereinen jetzt mehr denn je zuvor auf der Erhaltung dieses Privilegs besteht. Lassen Sie unseren Antrag eine gründliche Beratung zuteil werden!

Stadtv. Cassel (Linke): Die Reform, um die es sich hier handelt, wird erst nach dem Kriege zur Verwirklichung gelangen. Kamens der beiden bürgerlichen Fraktionen lege ich folgenden Antrag vor: Mir rüchste darauf, daß die Stadtverordnetenversammlung von Berlin schon seit langer Zeit eine der modernen Entwicklung und gerechten Anforderungen gemäße grundlegende Änderung des Gemeindevahlrechts für erforderlich erklärt hat, daß die innere Entwicklung Preußens auch diese Forderung im Wege der Gesetzgebung herbeiführen müssen, daß es zu diesem Zweck wünschenswert erscheint, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung von Berlin eine begründete Vorstellung über die bei dieser Forderung zu beachtenden Grundsätze an die königliche Staatsregierung und den Landtag richten, ersucht die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, mit ihr in gemischter Deputation hierüber zu beraten und überweist dieser Deputation den Antrag Heilmann und Genossen zur weiteren Beratung.

Redner führt weiter aus, daß er persönlich den früheren Standpunkt hinsichtlich der Bindung des Wahlrechts an eine Steuerleistung nicht mehr unbedingt festhalten könne; er müsse anerkennen, daß auch ein „Mittat“ ohne Steuerleistung denkbar sei. Er müsse aber auch bei der Gestaltung des Wahlrechts das besondere Verhältnis der Städte berücksichtigt werden. (Hört! hört! bei den Soz.) Für die Ausdehnung der Altersgrenze bis zu 20 Jahren herunter sei er und seien seine Freunde nicht zu haben, wie sie sich überhaupt noch nicht eine ganz bestimmte unsichere Vorstellung von der Gestaltung des neuen Wahlrechts machen könnten. Das gelte auch vom Frauenwahlrecht. Am kommunal vorwärts zu kommen, sei aber nicht nur die Wahlreform, sondern vor allem eine Erweiterung der städtischen Befugnisse auf dem Gebiete der Polizei und der sonstigen Verwaltung, sowie eine weitere Einschränkung der Staatsaufsicht nötig.

Oberbürgermeister Vermuth: Zum Antrage Cassel kann ich heute nur erklären, daß ich ihn im Magistrat wärmstens befürworten werde. Der Umgestaltung der Gemeindeverwaltung muß die Reform des Landtags, der allgemeinen Verwaltung und Staatsaufsicht und die Reform der Verfassung von Groß-Berlin vorangehen. Die Abweichung von dieser Reihenfolge wäre für uns eine Gefahr. Die Landesverwaltung und Landesverwaltung ermöglichen bis jetzt die Eindämmung und Einengung der Selbstverwaltung. Wir vertrauen fest auf eine freibillige Entwicklung, diesem Vertrauen und diesem Wunsch Ausdruck zu geben, hielt der Magistrat auch bei diesem Antrage für geboten. (Beifall.)

Stadtv. Rosenow (Fr. Fr.) stellt sich zu dem Antrag Heilmann überwiegend sympathisch und hält eine Verständigung darüber, zumal nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters, für gewiß. Man möge sich auch mit der Sache nicht zu viel Zeit lassen.

Stadtv. Adolf Heilmann (Unabh. Soz.): Die Liberalen haben durch den Antrag auf gemischte Deputation doch gezeigt, daß sie nur mit kaltem Herzen bei der Sache sind. Der Antrag Heilmann hätte von der größten Kommunalvertretung Preußens sofort angenommen werden müssen. Der Antrag Cassel dient lediglich der Verschleppung. Auch um das Hausbesitzerprivileg ist man heute überbehafter hergegangen. Das Frauenwahlrecht wird auch gegen den Willen der Freisinnigen kommen. Den Antrag Cassel können meine Freunde nicht annehmen.

Damit schließt die Beratung. Persönlich stellt Stadtv. Sonnenfeld (Linke) fest, daß er sich mit Cassel in voller Uebereinstimmung befindet. Stadtv. Heilmann: Meine Freunde sind nach dem Gange der Beratung nicht in der Lage, gegen den Antrag Cassel zu stimmen.

Wir behalten uns unsere Stellungnahme zu dem Ergebnis der Deputationsberatungen vor, die hoffentlich auch nicht verschleppt werden.

Der Antrag Cassel wird darauf gegen eine kleine Minderheit angenommen.

Ein Antrag der Stadtv. Barthelmann und Genossen (Unabh. Soz.) geht dahin,

den Magistrat zu ersuchen, die bisherigen Preise für die Portionen der Massenmahlzeit nicht zu erhöhen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte, an der sich Stadtv. Dr. Behl (Unabh. Soz.), Heilmann, Cassel, Stadtrat Dof-

# Den Zaler, die Mark, den Groschen, den Pfennig

heraus aus den Taschen!  
Wie viele Schneeflocken Lawinen  
ergeben, wie viele kleine Ameisen  
die Teile zu einem großen Bau zu-  
sammenschleppen, so müssen bei der  
7. Kriegsanleihe aus ungezählten  
kleinen Zeichnungen die Milliarden  
erwachsen, die das Vaterland braucht,  
um den Troß der Feinde endgültig  
zu brechen.

### Darum zeichne!

lein und der Oberbürgermeister betätigen, wird beschlossen, den Gegenstand für heute abzusehen, da vom Magistrat eine Vorlage, diesen Gegenstand betreffend, alsbald der Versammlung zugehen soll.

Dem Wunsche Schönebergs entsprechend suchte der Magistrat das Einverständnis der Versammlung nach, Schulkindern aus Schöneberg in die Berliner Regatschulen aufzunehmen. Die Zahl 10 soll dabei nicht überschritten werden und die Aufnahme vom 1. April 1918 ab auf 3 Jahre gelten. Die Zustimmung wird erteilt.

## Groß-Berlin Um das Gemeindevahlrecht.

Gestern kam die Berliner Stadtverordnetenversammlung endlich dazu, den Antrag auf Abänderung des Gemeindevahlrechts zu beraten, der schon vor Wochen von der damals noch ungeteilten sozialdemokratischen Fraktion eingebracht wurde. Genosse Heilmann, der ihn begründete, kennzeichnete in einer vortrefflichen Rede die Ungerechtigkeit und Sinnlosigkeit des Klassenwahlrechts, das aus Unterschieden des Einkommens die angebliche Berechtigung einer Wahlrechtschmälerung der Minderbemittelten herleitete. Unter Hinweis auf die durch den Krieg geförderten Bestrebungen zur „Demokratisierung“ zeigte er die Berechtigung unseres Antrages, der das allgemeine, gleiche, direkte, geheime Gemeindevahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Lebensjahr ab fordert. Stadtverordneter Cassel, den unser Redner an das Schicksal eines früheren Wahlrechtsantrages der Berliner sozialdemokratischen Stadtverordneten erinnerte, bemühte sich, sein damaliges Wort vom „Mittat und Mittat“ jetzt unzulänglich zu machen. Er unterließ aber ebenso wie nach ihm der Stadtverordnete Rosenow, sich darüber zu äußern, für welches Gemeindevahlrecht denn heute die Freisinnigen eintreten wollen. Bezüglich des Wahlrechts der Frauen sagte Herr Cassel nur, daß man es ernstlich in Erwägung ziehen werde. Das Wahlrecht vom 20. Lebensjahre ab zu gewähren, lehnte er rundweg ab. Oberbürgermeister Vermuth griff in die Debatte ein mit der Erklärung, er werde beim Magistrat den Antrag aufs wärmste befürworten. Er fand jedoch, daß der Zeitpunkt nicht gut gewählt sei. In einem Schlusswort wurde von Ad. Hoffmann, dem Redner der Unabhängigen, die Zweideutigkeit der Haltung des Freisinns beleuchtet. Angenommen wurde ein von den Freisinnigen gestellter Antrag auf Beratung in einer gemischten Deputation. Für ihn stimmte auch die sozialdemokratische Fraktion, weil ja ihr Wahlrechtsantrag auf die Zweckmäßigkeit eines gemeinsamen Vorgehens von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat hindeutet.

Umtausch von Zusatzbrotkarten in Reisbrotmarken. Die zum Bezuge einer Zusatzbrotkarte berechtigten Arbeiter, insbesondere Monteur, die von ihrem Arbeitgeber vorübergehend außerhalb des Bezirks, in dem die Groß-Berliner Zusatzbrotkarte Gültigkeit hat, beschäftigt werden, können künftig ihre Zusatzbrotkarten in Reisbrotmarken umgetauscht erhalten.

### Schweinezählung.

Am 15. Oktober findet im Deutschen Reich eine Schweinezählung statt. Die Ausführung der Zählung liegt in Berlin dem Magistrat und dem Königl. Polizeipräsidium ob. Die Zählung selbst wird durch vom Magistrat beauftragte Zähler vorgenommen. Die Ergebnisse der Schweinezählung dürfen nur zu amtlichen, statistischen Arbeiten, jedoch nicht zu Steuerzwecken benutzt werden, sie dienen lediglich den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung und der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben. Ueber die den Viehhältern des einzelnen betreffenden Nachrichten wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Wer vorzüglich eine Anzeige nicht erstattet oder wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird bestraft.

### Schleichhandel mit Schuhwaren.

Nicht nur mit den begehrtesten Lebensmitteln findet ein umfangreicher Schleichhandel statt, sondern auch — wie die jüngst erfolgte Beschlagnahme von Stoffen bei einigen Berliner Firmen bewies — mit Webwaren und neuerdings auch mit Schuhen. In Stuttgart hat das württembergische Kriegswehreram zwei Schuhwarenhändler festgenommen, die Schuhe zu Buchpreisen im Wege des unerlaubten Einkaufs an sich zogen und zu noch höheren Preisen verkauften. Im Zusammenhang mit ihren Raubenschaften hat sich eine Reihe von Schuhfabriken in Tuttlingen großer Veröße gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Schuhwaren schuldig gemacht. In Berlin hatten dem „Schuhmarkt“ zufolge zwei ehemalige Möbelfabrikanten eine „Kriegsschuhfabrik“ eröffnet, deren Betrieb jedoch zur Stilllegung verpflichtet wurde. Trotzdem fabrizierten sie Kriegsschuhe weiter, und als ihnen dies unterlag wurde, verlegten die Fabrikanten ihren Betrieb in das nächste Städtchen. Es blieb in Uebervachungsausschuss für die Schuhindustrie nichts übrig, als die beiden Inhaber zu verhaften und den Betrieb zu schließen. Derartige geheime Fabriken nähren den Schleichhandel. In Birmensdorf scheinen bemeldeten Sachblat zufolge noch mehrere „Schuhfabrikanten“ trotz der Verbote weiter zu fabrizieren.

Vom Vorstande der sozialdemokratischen Fraktion des Berliner Rathhauses erhalten wir die Nachricht, daß Genosse Ewald durch Schreiben vom 5. Oktober die Erklärung abgegeben hat, er scheide aus der sozialdemokratischen Fraktion nicht aus. Vor einigen Tagen wurde durch eine Lokalkorrespondenz gemeldet, Gen. Ewald sei der Fraktion der Unabhängigen als Hospitant beigetreten. Diese Nachricht ist also unrichtig.

Musterung der Oesterreicher und Ungarn. Alle in den Jahren 1897 bis 1899 geborenen Oesterreicher und ungarischen Staatsangehörigen bzw. bosnisch-herzegowinischen Landesangehörigen werden in der Zeit vom 20. bis 27. Oktober einer unentgeltlichen Musterung unterzogen werden. Zu erheben haben ohne Ausnahme alle in den Jahren 1897, 1898 und 1899 Geborenen, die ihren ständigen Aufenthalt in Groß-Berlin, in der Provinz Brandenburg, in der Provinz Sachsen bzw. im Herzogtum Braunschweig haben, und zwar in der Landwehr-Inspektion, Berlin-Schöneberg, General-Pape-Strasse, um 8 Uhr, und zwar Jahrgang 1897 A bis K 20, L bis Z 22. Oktober, Jahrgang 1898 A bis K 23, L bis Z 24. Oktober; Jahrgang 1899 A bis H 25, J bis O 26, P bis Z 27. Oktober. Sämtliche Ausweisepapiere und zwei schließliche, unaufgezogene Photographien sind mitzubringen. Auch die den früheren Jahrgängen bis einschließlich 1895 angehörenden noch nicht Gemusterten haben sich zu dieser Musterung zu melden. Der Jahrgang 1900 ist erst ab 1. Januar 1918 landstumpfschuldig.

„Warum ein Privatmagistrat?“ In unserer Notiz in Nr. 274 teilt uns der Berliner Magistrat mit, daß die fraglichen Formulare schon seit einiger Zeit nicht nur bei einer, sondern bei mehreren Druckereien vorrätig sind. Ein Zwang der Abnahme gerade bei diesen Firmen bestehe nicht, auch bestehe es jeder anderen Druckerei frei, die Formulare herauszugeben und zu verkaufen. Wegen Herabsetzung der Preise schweben zurzeit Verhandlungen. Der Magistrat, Abteilung für Broterzeugung, sei weder am Druck noch am Verkauf irgendwie finanziell beteiligt.

„Im deutschen Sudan“ heißt der Titel eines Lichtbildvortrages, den der Afrilreisende Hans Schomburgk am Sonntag, den 21. Oktober, mittags 12 Uhr, im Union-Palast, Kurfürstendamm 20, halten wird. Die den Vortrag begleitenden Filme sind auf einer zehnmonatigen Forschungsreise im Hinterlande von Logo durch den Vortragenden aufgenommen worden. — Der Gesamtbeitrag des Veranstaltungsausschusses für den Abend steht der im Kommando der Schutztruppen verwaltesten „Deutschen Kolonial-Kriegerpensde“ zu. Eintrittskarten zum Preise von 10 M. sind bei der Geschäftsstelle der Deutschen Kolonial-Kriegerpensde, Berlin W 8, Rauerstr. 45/46 (Kommando der Schutztruppen) erhältlich.

1500 Dugend Strümpfe. In ein großes Wollwaren- und Trikotagenlager ist angeblich das Zimmer 82a des Polizeipräsidiums umgewandelt. Ein schwunghafter Handel, besonders mit Strümpfen, die doch auch nur auf Bezugsheime ausgegeben werden sollen, erregte die Aufmerksamkeit von Beamten. Sie gingen den Spuren nach und fanden in der Wohnung einer Händlerin in der Kleinen Andreadstraße nicht weniger als 1500 Dugend Strümpfe, dazu noch viele wollene Handläufe, die zum Teil noch die Auszeichnungen tragen. Alles wurde beschlagnahmt und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die Händlerin, die mit Bündeln von Strümpfen zu Kneipe zog, behauptet, daß sie die Sachen im Jahre 1914 als Partienwaren erworben habe. Sie verkaufte sie jetzt erst zu sehr hohen Preisen. Wahrscheinlich stammt alles aus noch nicht aufgedeckten Hausdienerdiebstählen in Warenhäusern und Trikotagen-geschäften. Die Eigentümer können sich im Zimmer 82a melden.

Charlottenburg. Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte am Mittwoch die vom Magistrat beantragte Erhöhung der Preise für Wasser, Gas und Elektrizität, nachdem der mit der Vorberatung der Vorlagen betraute Ausschuss nach eingehender Prüfung die Notwendigkeit der Erhöhung anerkannt hatte. Außerdem beschäftigte sich die Versammlung nur mit unbedeutenden Vorlagen, darunter der betr. Vermietung des Ratskellers, die einem Ausschuss überwiesen wurde.

Den Schluß der Sitzung bildete die Besprechung einer Anfrage über die Einschränkungen, die bei Wohnungen mit Zentralheizung getroffen sind. Die aus der Debatte hervorging, beruht über die Bestimmungen des Mietrechtsverbandes Groß-Berlin die denkbar größte Unklarheit. Oberbürgermeister Dr. Scholz versprach denn auch, auf die amtlichen Stellen einzuwirken, damit sie eine neue Heizverordnung erlassen. Ob dies Bemühen Erfolg hat, bleibt abzuwarten. Jedenfalls sind von den bisherigen Maßnahmen weder Mieter noch Vermieter befriedigt, und es ist dringend notwendig, daß die einmalige neue Verordnung nicht wieder über den Kopf der Groß-Berliner Gemeinden erlassen wird.

Lebensmittel. Zum Ausgleich für die Kürzung der Milchportion erhalten die Kinder vom 2. bis zum 4. Lebensjahre Ertrag durch Ausgabe von Nahrungsmitteln, und zwar wird für den Monat Oktober gemährt: a) den Kindern im 2. Lebensjahre, außer dem ihnen bereits zugeteilten 1 Pfund Nahrungsmittel ein weiteres Pfund Nahrungsmittel (Hafersubstrat oder Weizengrieß), b) den Kindern im 3. und 4. Lebensjahre 2 Pfund Nahrungsmittel (Hafersubstrat oder Weizengrieß).

Die Abgabe der Bezugsheime erfolgt durch die zuständigen Stadt-Kommissionen. Diese sind werktäglich von 10—4 Uhr geöffnet. Die Bezugsheime können daselbst vom 16. Oktober ab abgeholt werden. Das Alter des für den Bezug von Nahrungsmitteln in Betracht

Tommen des Kindes ist durch amtliche Urkunden (Taufschein, Geburts-  
schein und dergl.) nachzuweisen. Die Rührmittel selbst können sofort  
gegen Vorlegung des Bezugsscheines in den 96 dafür zugelassenen  
Geschäften bezogen werden.

**Reutlitz.** Städtischer Verkauf von lebenden Hühnern und  
Enten. Wie im Vorjahre ist es auch in diesem Jahre dem Magistrat  
gelungen, erhebliche Mengen von lebenden Enten und Hühnern ein-  
zuführen. Die Abgabe der Enten und Hühner findet an jedem Mann  
auf dem Grundstück Richardstr. 20, täglich von 11 bis 1 Uhr, statt.

**Wilmerdorf.** Zusatz-Nährmittel für Kinder. Zum Ausgleich  
für die Mangelung der Milchportionen erhalten Kinder im 2. Lebens-  
jahre außer dem ihnen bereits zugeflossenen Pfund Heferflocken ein  
weiteres Pfund Heferflocken, Kinder im 3. oder 4. Lebensjahre  
1 Pfund Heferflocken und 1 Pfund Weizengrieß. Die Ausgabe dieser  
Zusatz-Nährmittel erfolgt auf Grund von Bezugsscheinen. Diese  
Bezugsscheine werden in der Zeit vom 15. bis 18. Oktober an die  
Saubehaltungsbüro oder deren Vertreter (nicht Kinder) zugleich  
mit den für den Monat November bestimmten Vollmilchkarten der  
dafür vorgeschriebenen Ausgabeordnung gemäß durch die Brot-  
kommissionen verteilt. Die Entnahme der Waren darf von Mont-  
tag, den 22. Oktober, ab in einem der für den betreffenden Brot-  
kommissionsbezirk in Frage kommenden, auf der Rückseite der Bezug-  
sscheine aufgedruckten Geschäfte erfolgen.

Die Kunsthalle Wilmerdorf (Pariser Straße 45) bezieht sich in

ihrer Theaterkasse während der Stunden von 10 bis 6 Uhr (Sonntags  
12 bis 2 Uhr) mit dem Vorverkauf von Theaterkarten. Für  
Sonntagsnachmittags-Vorstellungen sind Karten zu ermäßigten Preisen  
zu haben.

**Spanbau.** Lebensmittel. Heute beginnt der Verkauf der städti-  
schen Butter auf Butterabschnitt III der Lebensmittelkarte. Auf  
jeden Abschnitt werden 80 Gramm zum Preise von 48 Pf. veran-  
schlagt. Mit Ablauf von Donnerstag, den 18. Oktober, verliert  
Feld III seine Gültigkeit. In einer großen Anzahl von Geschäften  
sind noch Suppen gegen Abtrennung von Feld 3 der Lebens-  
mittelkarte zu haben. Feld 3 deckt mit Ablauf von Freitag, den  
12. d. M., seine Gültigkeit. Verbleibende Reste dürfen vom Freitag  
ab ohne Abtrennung eines Feldes der Lebensmittelkarte verkauft  
werden.

Kondensierte Milch auf ärztliche Verschreibung wird in  
den Apotheken nicht mehr abgegeben. Die Karte ist gebeten  
worden, kondensierte Milch bis auf weiteres nicht mehr zu ver-  
ordnen. Ueber den späteren Bezug wird noch Bekanntmachung er-  
folgen.

**Friedrichshagen.** Lebensmittel. Heute gelangen auf Abschnitt 52  
der Lebensmittelkarte entweder 150 Gramm Rastaroni zum Preise  
von 22 Pf. oder 150 Gramm Graupenmehl zum Preise von 16 Pf.  
zur Verteilung. — Ferner kommen in der Lebensmittel-Verkaufsstelle  
der Gemeinde Weiskopf, Sellenie und Obüt zum Verkauf. — Die  
durch die Gemeinde hergestellte Wurst kostet 2,20 M. das Pfund.

Reinleindorf. Lebensmittel. Auf Abschnitt 22 der Eierkarte  
wird ein Ei (89 Pf.) abgegeben. — Die Anmeldung zur Kar-  
teifolienliste erfolgt auf Lebensmittelkarte Abschnitt 117  
(nicht 111).

**Kowawes.** Auslandsmarmelade. Auf den Kartenabschnitt 13  
der Lebensmittelkarte findet die Ausgabe von Auslandsmarmelade  
statt. Die Karteninhaber haben am Freitag, den 12. und Sonn-  
abend, den 13. d. Mts., den Lebensmittelkartenabschnitt 13 bei den  
Kleinhandlern abzugeben, bei dem sie die Ware zu beziehen wünschen.  
Sie erhalten hierauf eine Bescheinigung. Das Pfund Auslands-  
marmelade kostet 1,50 M. Die Warenmenge die auf den Karten-  
abschnitt 13 entfällt, wird noch bekannt gegeben. Die Abgabe der  
Lebensmittelkartenabschnitte verpflichtet zum Bezuge der Ware. An-  
meldungen, die nach dem 18. d. Mts. beim Kleinhändler eingehen,  
bleiben ohne weiteres unberücksichtigt.

### Groß-Berliner Parteinachrichten.

Sozialdemokratischer Verein für Berlin VI. Montag, den 15. Ok-  
tober, abends 8 Uhr, findet im Restaurant von Sothe, Lindower  
Straße Nr. 26 (direkt am Bahnhof Wedding), eine Frauen-  
versammlung für die Mitglieder des 6. Berliner Wahlkreises  
statt. Vortrag der Genossin Martha Hoppe über: „Die  
Pflichten der Frau im Kriege“. Aussprache über Agitation.

Direktion: Max Reinhardt.  
**Deutsches Theater.**  
7 Uhr: Der lebende Leichnam.  
Sonntag: Faust.  
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr (halbe  
Preise): Minna von Barnhelm.  
**Kammerspiele.**  
8: Eine glückliche Ehe.  
Sonntag: Fasching.  
Sonntag nachm. 2 1/2 Uhr (halbe  
Preise): Gespenster.  
**Volkstheater.**  
Theater am Blümlingplatz.  
Untergrund. Schön. Tor.  
7 1/2: Nathan der Weise.  
Sonntag: Das Wintermärchen.  
Dir. C. Reinhardt — R. Bernauer.  
**Theater Königgrätzerstr.**  
7 1/2 Uhr: Erdgeist.  
**Komödienhaus**  
7 1/2 Uhr: Die beiden Seehunde.  
**Berliner Theater**  
7 1/2 Uhr: Die tolle Komteß.

**Theater für Freitag, den 12. Oktober.**  
**Central-Theater.**  
Kommandantenstraße 57.  
7 1/2: Die Csardasfürstin  
Sonnt. 3 1/2 Uhr: D. Glück im Winkel  
**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: Das goldene Kreuz.  
Die glückliche Insel.  
**Friedrich-Wilhelm-Theater**  
7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus.  
**Kleines Theater**  
7 1/2 Uhr: Bürger Schappel.  
**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Die Dose  
Sr. Majestät.  
**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels  
vom Lindenhof.  
**Neues Operettenhaus**  
Schiffb. d. Kassent. N. 281  
7 1/2 Uhr: Stahl und Gold.  
7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie.

**Zirkus A. Schumann**  
Letzte Saison in Berlin.  
Freitag, 12. Okt. abds 8 Uhr:  
**Nationaltag. Heimatdank**  
des Varietés u. Zirkus  
das unübertroffene neue:  
**Zirkus-Sport-Programm.**  
Einmaliges Gastspiel  
des Herzoglich Sächsischen  
Hofkünstlers **Dario Pagni.**  
Nadchura, exotischer  
Dressurakt,  
sow. d. übrige Spezialitäten.

**URANIA**  
8 Uhr:  
**Dr. Preyer:**  
**Deutsche Auslandsarbeit.**  
**Voigt-Theater.**  
Badstr. 52. Badstr. 58.  
Täglich:  
**Der Mann  
seiner Frau.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Wenn  
der Flieder blüht...  
Abds. 7 1/2 Uhr: Der Mann seiner Frau.  
Kaffeebr. 6 1/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Trionon-Theater**  
Georgenstr., Hof. Friedrichstr.  
7 1/2 Uhr: Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Der Lebensschüler.**  
Schauspiel von Ludwig Falda.  
Kaiser-Tänze, Ida Wast.  
v. Möllendorff, Keitner, Plink.  
Sonntag 3 1/2 Uhr: Johannistfeuer.

**WINTERGARTEN**  
Der neue  
umfangreiche  
Variété-Spielplan  
Warschauer Ballett.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Konzert  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters**  
Leiter: Komponist Franz von Sion.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.  
**Gewerkchaftshaus.**  
Sonntag, den 14. Oktober 1917:  
Im großen Saal veranstaltet die  
3. Männer- u. 1. Lehrlings-Abt. des Turnvereins „Fichte“  
einen  
**Liebesgaben-Abend.**  
Konzert, turnerische Aufführungen, Berliner Hof-Trio,  
Theater-Aufführungen.  
In den anderen Sälen: Konzert und Gänsebraten - Essen,  
a. Portion 4,00 M. mit Zubehör.  
Sonntag mittig:  
Rührlinthe 0,80 | Gänsebraten 3,00  
Zeltener Rührlinthe m. Beilage 2,00 | Rührlinthe 2,00  
Schokolade mit Senfsauce 2,00 | Kompott, Salat.

**NATIONAL-THEATER**  
7 1/2 Uhr. Göpenstr. 65.  
Täglich  
bei außerordentlichem Hause:  
**Das ist die Liebe!**  
Operette in 3 Akten von Döblin.  
Wacht von Walter Bromme.  
Sonnt. ab 10-2 u. 6 Uhr (a. Ticket).  
**APOLLO**  
Friedrichstraße an der Kochstr.  
Dir. James Klein.  
Allabendlich 7 1/2 Uhr:  
**Die Hochzeit des Maharadscha**  
Theaterk. ununterb. geöffn.  
Sonntags: 2 Vorstellungen,  
3 1/2 und 7 1/2 Uhr.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Konzert  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters**  
Leiter: Komponist Franz von Sion.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.  
**Gewerkchaftshaus.**  
Sonntag, den 14. Oktober 1917:  
Im großen Saal veranstaltet die  
3. Männer- u. 1. Lehrlings-Abt. des Turnvereins „Fichte“  
einen  
**Liebesgaben-Abend.**  
Konzert, turnerische Aufführungen, Berliner Hof-Trio,  
Theater-Aufführungen.  
In den anderen Sälen: Konzert und Gänsebraten - Essen,  
a. Portion 4,00 M. mit Zubehör.  
Sonntag mittig:  
Rührlinthe 0,80 | Gänsebraten 3,00  
Zeltener Rührlinthe m. Beilage 2,00 | Rührlinthe 2,00  
Schokolade mit Senfsauce 2,00 | Kompott, Salat.

**Kerkau-Palast**  
Behrenstraße 48  
Im 1. Stock Punkt 5 U. nm.:  
**Marionetten**  
Unt. ander. wird vorgef.:  
Francilla Kaufmann  
Lucie Kieselhansen  
Klassische Tänze  
Sent M'ahesa  
Orientalische Tänze  
**Robert Steidl**  
Gehörloser Wille  
Hand- u. Kopf-Akrobaten  
Salerno  
der berühmte Jongleur  
Blondel  
am Schwungseil  
Toto  
der unverwundl. Clown  
Hochinteress. f. Erwachsene  
und Kinder, jung und alt.  
Keine erhöhten Preise  
für Getränke erster Güte.  
Eintritt u. Garderobe frei.  
Eintritt u. Garderobe frei.  
Konzert  
Gottschalk-Kap.

**Berliner Konzerthaus**  
Mauerstr. 82. Zimmerstr. 90/91.  
**Großes Konzert  
des Berliner Konzerthaus-Orchesters**  
Leiter: Komponist Franz von Sion.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf. Anfang 7 1/2 Uhr.  
An allen Wochentagen Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt und voller Orchesterbesetzung.  
**Gewerkchaftshaus.**  
Sonntag, den 14. Oktober 1917:  
Im großen Saal veranstaltet die  
3. Männer- u. 1. Lehrlings-Abt. des Turnvereins „Fichte“  
einen  
**Liebesgaben-Abend.**  
Konzert, turnerische Aufführungen, Berliner Hof-Trio,  
Theater-Aufführungen.  
In den anderen Sälen: Konzert und Gänsebraten - Essen,  
a. Portion 4,00 M. mit Zubehör.  
Sonntag mittig:  
Rührlinthe 0,80 | Gänsebraten 3,00  
Zeltener Rührlinthe m. Beilage 2,00 | Rührlinthe 2,00  
Schokolade mit Senfsauce 2,00 | Kompott, Salat.

**Rose-Theater,**  
7 1/2 Uhr:  
**Der Weiberfeind.**

**Gewerkchaftskonzert (populärer Kunstabend)**  
veranstaltet von den Künstlern  
Herrn Felix Gutdeutsch, Herrn Prof. Heinrich Grünfeld, Opern-  
sängerin Frau Käthe Jacus, Herrn Bauer, Herrn Seldner-Winkler,  
Herrn Fritz Becker und Herrn Friedrich Kullcke.  
Zum Vortrag gelangen u. a.:  
Arie aus der Oper „Margarete“ . . . von Couand.  
Felderschlein . . . von Schubert.  
Kammerlied (Geigenlied) . . . von Schumann.  
Lied „Nephele“ (Geschole) . . . von Schumann.  
Eröffnung 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.

**Busch**  
Freitag, 12. Okt. 1917, 7 1/2 Uhr:  
**Nationaltag**  
zum Gedenken des  
„Heimatdank“  
des Varietés und Zirkus  
Peritälisch. Kriegswohlfahrts-  
Fonds.  
Die gesamte Einnahme ohne  
Kürzung wird dem obigen  
Fonds zugeführt.  
Das gr. Zirkus-Programm  
und zum Schluss:  
„Die 3 Pierrots“  
Ein lustiges Spiel.  
Außerdem Einlage:  
Zum Kampfe entschlossen —  
Zum Frieden bereit!  
Vielseitigen Wünschen ent-  
sprechend Sonnabend, den  
13. Oktober, nachmittags  
3 1/2 Uhr: abends 8 Uhr  
Sonder-Jugend-  
Vorstellung.  
1 ange- Kind auf all. frei!  
hörig. Sitapl.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Jed. Sonntag  
nachmittags  
3 Uhr  
Vorstellung  
z. ermäßigten  
Preisen!  
Logen 1 M., Parkett 75 Pf.  
Eintritt 30 Pf.  
Billets schon heute!

**Admirals-Palast.**  
Die Novität  
**Abraham**  
Großes phantastisches  
Ballett auf dem Eis.  
7 1/2 Uhr. Verzügl. Küche.

**1000**  
Verdienstmöglichkeiten  
bieten sich täglich dem, der  
es versteht, sein Wissen den  
Anforderungen der Gegen-  
wart anzupassen; denn Wis-  
sen ist Macht und Geld. Die  
beste Gewähr einer um-  
fassenden allgemeinen und  
fachlichen Ausbildung bietet  
die Methode Russis (Mitarbei-  
ter: 6 Direktoren höherer  
Lehranstalten, 22 Prof.).  
**Rasche und gründ-  
liche Ausbildung**  
ohne Lehrgeld durch Selbst-  
unterricht unter energischer  
Förderung des Einzelnen  
durch den persönlichen Fern-  
unterricht. Wissenschaftl.  
geb. Mann, Wissenschaftl.  
geb. Frau, Geb. Kaufmann.  
Die geb. Handlungsgelübten,  
Bankbeamte, Einj.-Freiw.-  
Prüf., Abit.-Exam., Gymn.,  
Realgymn., Oberrealschule,  
Lyzeum, Oberlyzeum, Mittel-  
schullehrerprüfung, Zweite  
Lehrerprüfung, Handels-  
wissenschaftliche, Landwirt-  
schaftsschule, Ackerbau-  
schule, Präparand, Konser-  
vatorium, Ausführl. 80 S. starke  
Broschüre über bestandene  
Examen, Beförderungen im Amte,  
im kaufmännischen Leben usw.  
kostenlos durch  
**Bonnes & Hachfeld,**  
Potsdam. Postfach 224.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Laabs  
Beh. chron. grünbl. mögl.  
schmerzlos u. ohne Verwundt.  
Geschlechtskrankheit, geheime  
Haut-, Horn-, Frauenleiden,  
Schwäche, Erprobte Methoden  
Ehrlich-Hata-Kuren, Horn- u.  
Blutuntersuchung.  
Königstr. 84/86. Sprechst.  
Apr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

**Heute Philharmonie**  
8 Uhr:  
REICHSTAGSABGEORDNETER  
**WOLFGANG HEINE:**  
„DER KAMPF UM ERNEUERUNG“.  
Karten: 1 bis 4 M. Bote & Bock u. Wertheim.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin, N 54, Einienstraße 83-85.  
Geschäftszeit von 9-1 Uhr und von 4-7 Uhr.  
Telephon: Amt Norden 185, 1839, 1987, 9714.

Sonntag, den 14. Oktober 1917, vorm. 9 1/2 Uhr  
**Gruppen-Versammlung**  
der Werkzeugschleifer u. Schleiferinnen  
in den „Gumboldt-Sälen“, Quittenstr. 40.  
Tagesordnung:  
1. Bericht des Gruppenleiters. 2. Berichtsangelegenheiten.  
3. Verschiedenes.  
Da es sich um sehr wichtige Gruppenangelegenheiten handelt,  
ist es unbedingt Pflicht, daß jeder Betrieb vertreten ist.

Sonntag, den 14. Oktober 1917, vorm. 10 Uhr  
**Branchen-Versammlung**  
der Bauanschläger  
im Saal von Hommel, Sophienstraße 8.  
Tagesordnung:  
1. Berichts- und Branchenanglegenheiten.  
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Es ist dringende Pflicht aller Kollegen, auch derjenigen, die  
zurzeit nicht als Bauanschläger arbeiten, pünktlich und zahlreich  
zu erscheinen. 188/8

**Gürtler!**  
Sonntag, den 14. Oktober 1917, vorm. 10 Uhr  
**Große Versammlung**  
der Berliner Gürtler u. Kronenschlosser  
im Saal I des Gewerkschaftshauses, Engelstr. 18.  
Tagesordnung:  
1. Unsere Branchenverhältnisse.  
2. Ergänzungswahl zur Agitationskommission.  
3. Disziplinierung legitimiert.  
4. Mitgliederbuch legitimiert.  
Eingeladen sind die Kollegen aller Spezialgruppen, gleichviel,  
wo sie s. B. beschäftigt sind u. wird zahlreiches Erscheinen erwartet.  
Die Hauptstelle für die Gürtler-Jubiläumskasse zu Berlin  
besteht ab dem 1. Oktober ab der Fr. Wählich, Stallstr. 22.

Buchhandlung Vorwärts  
Berlin SW. 68  
**Elsaß-Lothringen**  
und die  
**Sozialdemokratie**  
Von  
**Hermann Wendel.**  
Inhalt: Elsaß-Lothringen als  
Kriegsziel. — Geschichtliches.  
— Die deutsche Sozialdemo-  
kratie und Elsaß-Lothringen.  
— Nachkriegsvierzig Jahre.  
— Die wirtschaftliche Ver-  
knüpfung. — Elsaß-Loth-  
ringen und Frankreich.  
**Preis 75 Pfennig**

Kranken-, Sterbe- und  
Zuschusskasse für männl.  
Personen aller Berufe  
Groß-Berlin.  
**Nachruf.**  
Am 30. September 1917  
verstarb unser Mitglied  
**Franz Koza**  
Hutmacher.  
Ehre seinem Andenken!  
204/15 Der Vorstand.

**Moderne**  
**Kostüme,**  
**Mäntel,**  
eleg. Kleider, Röcke  
aus la Stoffen, neueste  
Formen! 218!  
Ulster, Pilsch- u. Tuchmäntel  
**Sammet** Kostüme  
Kleider  
Mäntel  
Jacketts  
Blusen! Regenmäntel!  
Gr. Auswahl - alle Größen  
Fabriklager - Verkauf an  
Privats.  
**MICHAELIS**  
Mauerstr. 80, 1 Tropp  
neben Kongresspark.  
Sonntag von 12-2 geöffnet.

**Spezialarzt**  
Dr. med. Colemann  
für Haut-, Horn-, Frauenleiden  
nerv. Schwäche, Blenorrhoe,  
Ehrlich-Hata-Kuren,  
(Dauer 12 Tage), Behandlung  
schnell, sicher und schmerz-  
los ohne Berufsstörung.  
Königsstr. 56-57 gegenüber  
Rathaus.  
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.

**Spezial-Arzt**  
Dr. med. Hasche,  
Friedrichstr. 90 direkt am  
Bahnhof  
Behandl. von Syphilis, Haut-,  
Horn-, Frauenleiden, Hant-  
aren, Blase, Eichel-Hata-Ku-  
ren, Jämmerlose, längste Be-  
handlung ohne Betäubung,  
Blutuntersuchung, Wdh. Weis-  
Zeugung. Sprechstunden 10  
bis 1 und 5-8, Sonnt. 11-1.

**Wintermäntel**  
Kostüme und Röcke  
Wasserdichte Mäntel  
direkt aus der Fabrik  
Blickis Damenmantel-Fabrik  
Krausenstr. 30, Hof, Erd-  
geschoß

**Deutscher**  
**Transportarbeiterverband.**  
Bezirksverband Groß-Berlin  
Den Mitgliedern zur Nach-  
richt, daß unsere Kollegin,  
die Lagerarbeiterin

**Frida Herrys**  
von der Firma Berliner  
Konsumgenossenschaft, Eich-  
tenberg, am 8. Oktober im  
Alter von 30 Jahren ver-  
storben ist.  
Die Beerdigung findet  
am Sonnabend, den 13. Ok-  
tober, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des  
Städtischen Zentral-Fried-  
hofes in Friedrichshagen  
aus statt.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Schlosser  
**Ernst Köhler**  
von der Firma Westfäl.  
Reifenstr. 35, am 5. Oktober  
im Alter von 56 Jahren ver-  
storben ist.

Den Mitgliedern ferner  
zur Nachricht, daß unser  
Kollege, der Drechsler  
**Wilhelm Koehler**  
am 7. Oktober im Alter von  
73 Jahren verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Bezirksverwaltung

**Zu schmerzlicher**  
**Erinnerung**  
zum 35. Geburtstag  
meines lieben Vaters, des  
Erstregimenten

**August Fielitz**  
Häufel-Regt. 33, 6. Komp.  
In meiner Nähe tut mir  
schien  
ein gutes Herz, so treu und  
reist;  
in meinem Herzen wirst Du  
leben,  
wirst mir ewig unvergessen  
sein.  
Ach, es ist ja kaum zu fassen,  
daß Du nie mehr lehrst  
zurück,  
so jung magst Du Dein  
Leben lassen,  
zerstört ist nun mein ganzes  
Glück.  
Ein jeder, der Dich hat ge-  
kannt,  
der drückt mir noch stumm  
die Hand.  
Mit Heil liegt Du nun ge-  
betet,  
füßt nichts von schwerer  
Zeit.  
Du bleibst mir unvergessen  
in alle Ewigkeit. 482  
In treuem Gedenken  
Deine Dich liebende Gattin  
**Anna Fielitz.**

**Zum Sterbetage**  
meines einzigen lieben  
Sohnes und Bruders, des  
Erst-Regimenten

**Willi Friede**  
gestorben am 12. Okt. 1916.  
Zum letzten Grab schnell  
tränenreicher der Blick in  
hellen Schmerz, wie können  
es nicht schmerzen, daß wir uns  
nicht mehr wiedersehen. In  
Gruam verließ ich, die Mutter,  
meine Tage, 20 1/2 um  
und her, denn mein einzig  
geliebter Sohn und Bruder  
kommt nicht mehr. Du hast  
gehört auf eine frohe Wieder-  
sicht, doch ach, Dein Platz  
in unserem Heim bleibt  
leer. Es gibt ein Weh, das  
keine Worte lindert, und  
einen Schmerz, den auch  
die Zeit nicht heilt.  
Ruhe sanft, Du gutes Herz!  
Deine tiefbeträubte  
Mutter 1482  
und Schwester Frida  
sowie Verwandte.  
Rührlinthe Str. 33.

Das geschwidge Wetter.

Die viel Altgewohnten, Ueberlebten, nach früherer Ansicht unerschütterlich Feststehendes der Krieg auch entwurzelte und umgestoßen haben mag — der Begriff des Geleges hat in den letzten Jahren geradezu überwältigende Triumphe gefeiert. Mag die Zeit uns übrigen auch noch so sehr aus den Fugen geraten sein, mögen Moden und Sitten gerstet sein wie die leichteste Spreu im Wind, der Gelegsbegriff hat im Gegenteil Gelege aller Art in den Vorbergründ gerückt und ihre Zahl wachsen lassen, als sei die Kriegsluft dem Gelege im allgemeinen ebenso günstig, wie die Tropenatmosphäre den Pflanzen.

Man mag sich über allerhand Einschränkungen beklagen: aber niemand soll behaupten, daß die Weltkriegsmenschheit an Gelegsmangel leidet. Es begann — am ersten Tage der Mobilisierung — mit der Erklärung des Kriegszustandes. Dieser im Gelegbuch sehr ausführlich vorgezeichnete und reichlich mit Einzelheiten bedachte Zustand schließt schon allein eine Menge von Paragraphen in sich, die dem Bürger mit genügender Deutlichkeit klar machen, daß der Krieg nichts weniger als eine außerhalb der Gelege stehende Angelegenheit sei. Jeder hat damals staunend eine lange Liste höchst ernsthafter Bestimmungen gelesen. Er hat mit einem leisen Schauer zur Kenntnis genommen, daß kein einziger Mensch sich zusammenrotten dürfe, er hat mit Verblüffung erfahren, daß „Kunstbauten“ nicht etwa Museen und Denkmäler sind, sondern Kasernen, Depots, Fabriken und Villen, und daß man deren intime Umgebung nicht zum Schauplatz ausdauernder Spaziergänge wählen solle. Aber all dies war nur ein bescheidener Anfang, das charakteristische Vorbild.

In buntem Durcheinander, aber in ununterbrochener, mit anerkannter Energie fortgeführter Reihe kamen die Gelege, Verordnungen und Erlasse, die erst nach und nach erfunden wurden und die Ernährungsfrage vollends in gewisse Formen zu einem rauschenden, unerschütterlichen Gelegesquell geworden.

Dies galt nicht etwa allein für dies fanatisch ordnungsliebende und verordnungsstrenge Deutschland, sondern für alle kriegsführenden Länder. England, das früher über diese spotten zu können glaubte, hat sich nach und nach eine funkelgelbe Rieseengelegesbibliothek angeschafft, die noch immer durch Nachlieferungen und Ergänzungsbände vergrößert wird. Und Frankreich, die „freie“ Republik, kennt heute Gelege wie Sand am Meere, gar nicht zu sprechen von den Verordnungen, die es erlassen hat, ohne daß seine beglückten Bürger sie kennen oder lernen wollen.

Dabei gibt es kaum ein Gebiet, vor dem die Gelegesnot respektvoll halt gemacht hätte. Selbst die einzelnen Organe des Körpers, ganz besonders der Magen, mühten sich den Gelegen zu beugen. Ein besonderer Triumph der Gelegeserei aber bestand darin, daß sogar der als untauschbar verbeachtete Begriff der Zeit siegreich von seinem unnahbaren Sockel herabgezerrt wurde. Die Idee und mehr noch die praktische Durchführung der „Sommerzeit“ in einem großen Teil der Welt stellte einen Gipfelpunkt in der Kunst der Gelegesgebung dar, und so ist es gekommen, daß das Gelege sich schließlich für allmählich hielt.

So vollkommen war es von seiner ausnahmslos wirksamen Durchschlagkraft überzeugt, daß es — nach glorreicher Ueberwindung der Zeitbestimmung — zu einem letzten, äußersten, schärfsten Schlag ausholte, um auch das Wetter unter seine paragrafenstarren Gewalt zu bringen. Mit Rücksicht auf den chronisch gewordenen Roblemangel, der ja ein allgemeines Leiden darstellt, erliefte das Gelege: vor dem 15. Oktober darf nicht geheizt werden. So lautete kurz und bündig die neueste Bestimmung; Sache des Wetters mochte es bleiben, sich danach einzurichten.

Da aber rief den Göttern im Himmel, in der Luft und auf Erden der ohnedies schon langgegerne Faden der Gebuld. Ganz besonders denen im Himmel und in der Luft. Den Angriff auf die Zeit hatten sie sich noch gefallen lassen, denn dabei handelt es sich ja schließlich nur um eine billige Selbstkürzung des Menschengeschlechts; die Zeit an sich blieb ja doch nicht stehen, mochte man auch ausnahmslos alle Uhren mit wichtiger Amtsmiene zurückstellen. Aber das Wetter? Nein, meine Herrschaften, das war ihnen zu viel des Guten. Sie öffneten also die unangenehmste Abteilung ihrer Regenmaschine, speisten ihren Windapparat mit einem kräftigen Kältestrom und horchten im übrigen der Dinge, die kommen würden.

Und die Dinge kamen. Risse und Risse sind in Gemeinschaft eine schwer zu ertragende Pein, und vor dieser Angriffskatze gab es keinen platonischen Schutz. So mühten die weisen Berater im Kriegsheizungsamt an eigenen frierenden Leibe erkennen, daß die Verordnungen, Erlasse usw. doch noch von einer Nacht überstochen werden, nämlich der des Weltgottes. Es war ja gewiß unerhört und im tiefsten Sinne beklagenswert, daß das Wetter sich der Para-

graphen gegenüber so gänzlich respektlos zeigte; aber es tat dies nun einmal und ein Philosophieren konnte auch nichts nützen. Der Kampf währte kurz, schon im ersten Anprall war er entschieden. Das Wetter kämpft mit Waffen, denen gegenüber nur „feurige“ Abwehr im wahren Sinne des Wortes wirksam ist. Die Heizeungsstrategen aber machten ihren Fehler noch gut, indem sie aus der Entscheidung dieser Schlacht die logischen Folgen zogen: mitten im Kampf räumten sie plötzlich das Feld, um telegraphisch und telephonisch mitzuteilen, daß geheizt werden dürfe.

Der einfache Weltkriegsbürger aber, der sich dem Wortlaut so vieler Bestimmungen humm und ergeben gebeugt hat, kann sich nicht ganz einer sehr menschlichen Schadenfreude enthalten. Hintern Ofen sitzend, stellt er mit einem schächtelchen Privatlächeln fest, daß die Verordnungs-götter einen kleinen Kaltenfüßler getriegt hat.

Ein Dichter des 30 jährigen Krieges.

Martin Dpiz, der „Vater der deutschen Dichtung“, ist für uns keine lebendige Gestalt mehr. Die Literaturgeschichte verduht seine Verdienste um die Reinheit der Sprache und seine Tätigkeit als erster Gelegesgeber der Poetik. Aber damit ist sein Ruhmesblatt auch vollgeschrieben. Sein Begriff vom Dichtertischen als solchem war der des Gelehrten, und seine Dichtungen sind langweilige rhetorische Schwallungen; Musterbeispiele jener schrecklichen Bildungspoesie, die nach ihm und von ihm aus bis zur Klassikzeit hinauf, die Entwicklung der deutschen Dichtung hemmte. Interessant sind immerhin seine Gedichte aus der Zeit. In den „Troisgebüchten in Widerwärtigkeiten des Krieges“ ist sogar späteres Leben. Man spürt eine wirkliche Ergriffenheit, und vor der großen Not der Zeit verwindet auch die gelehrte Eitelkeit, die mit Mythologie und historischem Wissen prahlt, und das „Lob des Kriegsgottes“ ist trotz der gelehrten Verdrämmung nicht ohne satirische Kraft. Diese Verspottung des Mars ist, wenn man sich einigermaßen einstellt, recht lustig zu lesen.

Dpiz erlebte den Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges in Heidelberg. Er entfloh den Wirren, erst nach Holland, dann nach Dänemark, wo er „an der kalten Kirnberjer“ die „Troisgebüchte“ schrieb, die er aber erst 13 Jahre später ohne Namensnennung veröffentlichte. Später finden wir ihn, den Protestant, der in jenen Gedichten so kräftig für seinen Glauben zeugt, in Diensten des kaiserlichen Kammerpräsidenten von Schlessien, des katholischen Burggrafen von Dohna. Diese Stellung ist etwas zweideutig. Aber es scheint, daß Dpiz auf eine falsche Hoffnung in sie hineingeraten, und er war nicht der Mensch, der den Verhältnissen gegenüber genug Widerstandskraft hatte. Im Dienste Dohnas mußte Dpiz auf einmal einem Gesichts beizuwohnen. Aber er benahm sich wenig heldenhaft und floh, nach dem Beispiel des Horaz bei gegebener Zeit. Ganz lustig ist es, wie er diese Affäre im „Lob des Kriegsgottes“ ironisiert und daran eine feine Verpottung der Poeten knüpft, die, weit vom Schuß, den Krieg singen:

Poetenbol ist heil, ist leicht wie sein Feuer, Geht durch, reißt aus ihm selbst, ist wie ein edles Pferd, das nie kann stille stehen und allzeit fort begehrt. Sollt' ich, o Marspater, ins Gras gebissen haben, Wer würde doch ein Lied von dir und deinen Gaben Gedenten als wie ich? Es ist ja recht und wahr, daß ohnedies sich jetzt der Teufel Dichter Schar Sehr stark zu Felde schreibt; doch Reime von der Erden, die taugen nicht für dich. Du willst geschrieben werden von Geistern, deren Kraft sich in die Wolken schwingt, Wie manche Nachtigall am Elbestrome singt, Bringt Tal und Berber durch, erzählt gelehrte Derszen Mit ihrer Stimme Frucht und nützt der Sorgen Schmerzen durch einen süßen Ton; wie du auch Vater Rhein, Gemühter um dich hast, die Liebden ihren Schein, der einen Kopf erhebt, und Glanz zu geben wissen. So lange Zeit die Elb' in Sackden durch wird fließen, der Rhein auf Holland zu, wirst du, o kluge Schar, Der Rufen Trost und Bier, entgegen der Gefahr des Grabes, das dich flucht, wirst nicht aus Teibe trinken, So für den Pöbel ist. Wir können nie versinken Und werden durch den Tod viel minder weggerafft, Als der, so mit der Faust ihm steten Ramen schafft.\*

Schiller-Theater: „Auf der Sonnenseite“.

Das dürftig bescheidend, unter weitgehender Vermeidung aller geistigen Anfechtungen zusammengestellte Stückchen von Oskar Blumenthal und Gustav Kadelburg fand ein höchst

dankebares Publikum. Ueber den Baronen, Millionären und heidnischen Goldfischen, deren kostspielige Müßiggangereiztheit noch immer eine der populärsten Bühnenaufführungen der bürgerlichen Theater zu bilden scheint, kommt auch die gleichfalls im Theater so beliebte Gegenliebe: die Moral, daß Arbeit doch nicht schände und jeder seine Gelder eigentlich verdienen sollte, nicht zu kurz. Der Millionär ist ein biederer ehemaliger Töpfersfabrikant, der, wenn er auf Kommando seiner Ehehälfte auch alle Karrheiten des Barbenütums mitmacht, sich heimlich doch in das Kontor zurückzieht. Und die beiden blaublühigen Herren, die, nachdem sie ihre Qualifikation als Lebenskünstler durch die Verjübelung eines Vermögens glänzend erwiesen haben, nur die Honneurs in seinem Hause machen sollen, bekommen allerdings zu hören. Der eine, der die Tochter heimführt, erbringt am Schluß die Probe seiner Tüchtigkeit, durch einen Hundertmarchen, den er in dem Geschaft des künftigen Schwiegervaters für eine Drogenzahlung selbst erworben hat. Den zweiten arg verblümpert, der als regulärer Müßiggänger auf die Hand der jungen Dame spekulierte, und nach Zurückweisung für ein abliges Fräulein, das ihm den Kopf wäscht, glüht, kommt auf noch billiger Weise vermöge eines Lustspielonells, der ihm ein Gut kauft, zur vollständigen Respektabilität. Heinz Sengeer spielte diese verhältnismäßig noch am annehmbarsten ausgestaltete Theaterrolle mit lebendwüchsig-unverschämter, dröckig wirkungsvoller Gutmütigkeit. Geschickt sekundierten Herr Elzer in der Figur des hochgelommenen, vor seinem eigenen hochherrschäftlichen Dieners sich genierenden Töpfersmeister und Fräulein R a h r in der des typischen Dichtertins.

Die „Mannoflechte“.

Der Basler Professor Louis Müller beschäftigt sich in einer besonderen Schrift mit dem Mannaregen, der die Juden in der Wüste vom Hungertode errettete. Das Brot, das Gott auf das Gebet Moses vom Himmel sandte, stellte sich nach der Bibel in Gestalt der fugeligen Früchte des Koranders dar, war weich und hatte den Geschmack reinsten Weizenmehls, dem Honig beige mischt ist. Die Beschreibung ist nach der Erklärung Professor Müllers in der Bibel so ausführlich und genau, daß man sich über die Natur des Nahrungsmittels, an dem sich die hungrigen Juden erquideten, keinem Irrtum hingeben kann. Es war eine Flechte, wahrnehmlich eine aus der Gattung Lecanora, die noch heute in Gegenden, wo alle Nahrungsmittel fehlen, unter dem Namen Himmelsbrot gemahlen und unter Zusatz von Gerstenmehl verbacken wird. Diese ehbare Flechte findet sich reichlich in den wüstenhaften Steppen und in den trockenen Gebieten Sibiriens und Irlands, wo die Stürme, die sie von dem Bergfelsen gerissen haben, auf dem sie wuchert, sie als Regen zu Boden fallen lassen. Nach dem Bericht, den Prof. Haunegun gibt, bedeckten solche Flechtenreggen im Jahre 1838 ganze Gebiete Sibiriens mit einer Schicht, die 20—30 Zentimeter im Durchmesser maß. Die Einwohner aßen sie und benutzten sie auch als Viehfutter. Ähnliche Beobachtungen wurden in der Folge in der Mongolei und in Algerien gemacht. Die hier genannte Flechte enthält 4 Proz. Zucker, 23 Proz. Mehl; ihre Nährwert vermindert allerdings der Stärke, bis zu 68 Prozent steigende Gehalt an Ball. Diese Flechte findet sich oft in dicken Schichten, sie ist äußerlich rot oder rötlich und weich im Innern und bildet fugelartige Stücke, die hart und so groß wie eine Nuss sind. Neuerdings hat man, wie schwedischen Presse-notizen zu entnehmen ist, dort Versuche gemacht, eine gewisse Flechte zu verbauen. Vielleicht handelt es sich dabei ebenfalls um eine der „Mannoflechte“ verwandte Art.

Notizen.

Die 24stündige Tageseinteilung in der Schweiz. Die Schweizerische Naturforschende Gesellschaft, die dieser Tage in Zürich ihre Jahresversammlung abhielt, hat dem Bundesrat folgenden Wunsch übermittelt: Für alle öffentlichen Dienste des Bundes werden die Stunden in Zukunft und sobald als möglich nicht mehr nach der jetzigen Tageseinteilung von zweimal zwölf Stunden berechnet, sondern nach der rationalen Einteilung in 24 aufeinanderfolgende Stunden von Witternacht bis Witternacht. Der Generalstab der Schweizerischen Armee, die Generaldirektion der Bundesbahnen, der Post, der Telegraphen- und Postverwaltung haben sich bereits für diese Umgestaltung günstig geäußert.

Eine antike Statue des Liebegottes wurde bei den italienischen Ausgrabungen in Syrene (Nordafrika), die schon so wichtige Reste altgriechischer Kunst geliefert haben, gefunden. Die Marmorfigur, der die linke Hand fehlt, stellt den Gott dar, wie er den Bogen spannt und dabei die Augen bereits auf ein ferres Ziel richtet. Das Bildwerk dürfte eine griechische Kopie einer Bronze sein.

Die welsche Nachtigall.

Der Roman eines ferdenden Jahrhunderts, Von H. Francé.

In dieser unbefriedigten Stimmung bog er um die Ecke des Salvatorgäßchens und stieß fast mit einem sorglos dahinschreitenden Mann zusammen, der ihn im nächsten Augenblick überlaut begrüßte. Es war der Erythobios Michalansky, der nach seinem Abend des Glücks heimwärts strebte.

Zu hell hatte auf ihn die Sonne geschienen, als daß er diese Nacht ungefeiert vorübergehen lassen konnte. Der ehemalige Kollegbruder kam dazu um so gelegener in seine Arme gefaßt, als es geradezu seine Leidenschaft war, mit Studenten wie mit seinesgleichen zu verkehren, seitdem er sein Erbe verstudiert hatte und die Alma mater verlassen mußte.

„Salve, daß dich dieser und jener hole, Peiserius, wollte grad' noch ein paar Maß genehmigen, aller, lieber Bursche, mich soll gleich der Teufel holen und in den Lüften zerreißen, wenn ich Dir nicht gut bin. — Komm mit auf Schmolis,“ dieberte er den Verdugten an.

„Was hat er nur?“ dachte dieser, ließ sich aber in seiner verärgerten Laune nicht ungern mitgehen, als auf seinen Einwand, daß die Rumorstunde längst vorbei und alle Schänken geschlossen seien, Michalansky vorschlug, in den Weindöcker zu gehen, einem verschwiegenen Winkel, dessen Besitzer das beste Bier gebe, wo auch sonst lustige honette Gesellschaft sei und wo vor allem keine Rumorstunde gelte.

Der Weindöcker lag nicht weit im Rosengäßchen, in dem es aber nicht nach Rosen roch. Und er war nichts anderes als ein Schnapstaben gemeinster Art. Die „honette“ Gesellschaft bestand aus ein paar Dirnen, die gleich um Schokolade, Wein und Kuchen bettelten, fürchterlich aufgeräumt taten, sich aber bald verzogen, als der Erststudent sie ansuhr, nachdem er sie zuerst auf die derbste Art betappt hatte. Dann warf er einen Karolin von dem von Morawitsky am Nachmittage erhaltenen Gelde prozig auf den Tisch und forderte für sich und seinen Freund und Kollegbruder — wie er recht laut herauschrie — Wein.

Bald waren die beiden untergetaucht in ihrer Ecke, da neue Schritte zum verschwiegenen Hinterpförtchen hereinkamen

und ein Qualmen, Gläserklirren, Kirren und brünstiges Gelächter anhub.

Michalansky merkte bald, daß Peiser den Kopf hängen ließ. Dieser wieder hatte nie viel übrig gehabt für die schäbige und lächelbelemundete dunke Existenz an seiner Seite, die er gar nicht näher kannte, von der er nur ab und zu ein nicht immer rühmliches Höfchen gehört, als von einer Art Winkeladvokaten, der auch Schmeuser war draußen auf den Dörfern bei herabgekommenen Bauern. Jetzt aber tat der ungewohnte süße Wein seine Schuldigkeit; auch die überaus ongerregte Atmosphäre ringsum versagte nicht und plötzlich fand er sich wieder mitten drin in Kusrichtigkeiten, die er gar nicht beabsichtigt hatte.

Er empfand auf einmal in seiner beginnenden Trunkenheit Groß gegen den junkerlich tuenden Solms. War doch auch kein anderer Kerl als er selbst, der auch als guter Mutter Kind galt. Und tat nun spanischer als der spanische König selber. . . .

Mit einem Fluch schlug er auf den Tisch. „Wir ist heut' eine Spinne über die Leber trocken — der kann's einem verzeihen, der Konseur, möchte nicht länger ein honoriger Bursch heißen, wüß' man, wie der angezogen hat. Natürlich! Der Sekretär von Solms, das Klingt freilich aristokratischer als der Jakob Peiser, der aber auch nicht auf der Brennsupp'n dahergeschwommen ist. Gott straf' mich, hab' ich recht oder nicht?“

Michalansky spitzte beide Ohren. Sollte das Glück mit Steinen nach ihm werfen? Er hatte längst erfährt, daß zwischen dem Grafen Morawitsky und der Sängerin seiner Sekretär von Solms stand, über den er täglich an Laimetten Wahres und Unwahres zu berichten mußte. Und nun sollte er etwas wirklich Intimes über jenen erfahren können? Er hätte kein Künstler im Ausdörchen zu sein brauchen, um den verärgerten Peiser zum Reden zu bringen. Eine Viertelstunde später wußte er alles. Er notierte es in seinem Hirn, daß im Orden der Amtisten die neustränkischen Ideen Fuß gefaßt hatten, daß ihnen Peiser mit Leib und Seele anhing, daß aber, als er beim ersten Wiedersehen den alten Kolleggenossen Reinhard auf Herz und Nieren geprüft, dieser Stand gehalten habe wie ein Erzaristokrat, sogar den Amtistgen Rede stehen wolle, um sie zu befehlen von ihrer Schwarmgeistererei, als sei er auch schon so ein heimlicher Jesuit und Kontroversprediger. . . .

Darmit war freilich noch nicht viel anzufangen. Immerhin schloß man sich die Neugierkeiten um die Ohren, spann dann sagte den Faden des Gesprächs und widelte ihn auf eine neue und doch so alte Rolle: auf die Fotologie. In der war keiner so Meister, wie Michalansky, von dem es im Schwange ging, daß er als Student einmal sogar ein Kolleg daraus gelesen, das brav und viel eifriger nachgeschrieben wurde, denn das Compendium juris romani. Die seine Bitterung der Dirnen hatte gleich die Wendung des Gesprächs herausgefunden; flugs sahen sie auch schon zu Tische, naschten von dem Wein — bald bemächtigten sie sich ganz der trunkenen, ihren feilen Järtlichkeiten jubelnden Köpfe, für die alles vernebelte in einem unbestimmten Zauber von Wein, Müdigkeit und Lüsten. . . .

Als der Erststudent wieder erwachte, lag er in seiner elenden Behausung und die Mairsonnen warf hellen Widerschein an die Wand. Denn der Vorschlag, in dem der neue Vertrauensmann des Grafen Morawitsky wohnte, hatte kein Fenster ins Freie, sondern nur eines hoch unter der Decke, das in ein Futtermagazin ging, so daß man von seinem Salon- und Studierzimmer aus schön und schlecht Weiter nur daran erkennen konnte, ob das ferne Fenster hellen Widerschein warf oder ob er fehlte.

Mit wüstem, leeren Hirn lag er im unsauberen Pfuhl und nur langsam kehrte die Erinnerung wieder. An die Audienz, an Laimettens wohlgepflegte Heimlichkeiten. . . an den Weindöcker, an Peiser, mit dem er Duzende von Bruderschaften getrunken, an die Nymphen — — plötzlich fuhr ihm der Schreck in die Glieder — hätte nicht der Graf gefagt: „Komm' er morgen um zehn zu der Frau am Donator — Schockschwerenot, da hatte ihn der verdammte Vater vielleicht die gebotene Stunde verschlafen lassen. . . ganz heiß fuhr er mit beiden Beinen auf vom Strohsack. Eine Uhr konnte sich Herr Michalansky noch nicht leisten. Er hatte sonst bei Beginn seines oft sehr wenig in Anspruch genommenen Tagewerkes einfach nach dem Erwachen darauf gewartet, daß die Glocke der benachbarten Pfarrkirche ihm die Stunde ins Rämmerlein sage — heute genügte ein Blick auf den hohen Sonnenstand, erkennbar an der Heiligkeit des Fleckens an der Wand, um ihn höhnisch zuzurufen: du hast dein Glück verschlafen. — In rasender Eile kleidete er sich an — die Wahl tat nicht weh, denn er hatte wohl zwei Häte, aber nur einen Anzug, den er zurechtbüßte, so gut es ging.

(Fort. folgt.)





# Unsere sozialpolitischen Aufgaben.

## Wissells Referat an den Würzburger Parteitag.

Neben den Referaten Landsbergs über Demokratie, Cunows über Wirtschaftskrisen und Keills über Finanzpolitik, die wir im Auszug bereits wiedergegeben haben, liegt dem Würzburger Parteitag auch ein ausführliches Referat des Gen. Rud. Wissell über „Unsere sozialpolitischen Aufgaben“ vor.

Als Ziel der sozialpolitischen Arbeit nach dem Kriege schreibt dem Berichtsteller vor:

**Erhaltung und Entfaltung alles menschlichen Lebens, Beseitigung und Zerhaltung alles dessen, was die Entstehung und größtmögliche Entwicklung neuen Lebens hindert, Schonung der menschlichen Arbeitskraft, der höchsten Trägerin allen Kulturfortschritts, Förderung alles dessen, was der Hebung des Kulturniveaus dient und damit Schutz jedes einzelnen vor dem Herabfallen in eine tiefere soziale Schicht.**

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, behandelt Wissell die Fragen des Arbeiterschutzes, der Arbeiterversicherung, des öffentlichen Gesundheitswesens, der Sicherung des Koalitionsrechts, der Neugestaltung des Arbeiterrechts, des gewerblichen Einigungsweises, der Arbeitsvermittlung, Arbeitslosenunterstützung und Arbeitslosenversicherung, der Armenpflege, Jugendfürsorge, Wohnungsfürsorge und — besonders ausführlich — die

## Massnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpften.

Darüber führt er u. a. aus:

Die Entlassenen bedürfen alle einer angemessenen Erholung und der Zeit zur Ordnung ihrer häuslichen und wirtschaftlichen Verhältnisse. Zumindest für die Dauer eines Monats sind dem Entlassenen die bisherigen Bezüge und entsprechende Versorgungsgelder und Bekleidungs- und sonstiger Vorteile die Kriegsunterstützung zu gewähren; die letztere zweckmäßig bis zur ersten Lohnzahlung des Zurückgeführten. Die Zurückkommenden dürfen nicht gleich wieder in eine neue Schuldenwirtschaft hineingetrieben werden. Nach Ablauf eines Monats dem Kriegsteilnehmer die Möglichkeit, Arbeit oder Anstellung zu erhalten, ist ihm eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Daß für möglichst ausreichende Arbeitslosigkeit von Staats wegen zu sorgen ist, begegnet kaum irgendwelchem Widerspruch. Man wird dem entlassenen Kriegsteilnehmer die Sorgen und Ängste der Arbeitslosigkeit mit ihren schweren psychischen Depressionen nicht zumuten können.

Neben dieser gesetzlichen Regelung der allgemeinen Kriegsbekämpften und Hinterbliebenenfürsorge steht für die Kriegsbekämpften und Kriegshinterbliebenen naturgemäß die Regelung der Versorgungsansprüche im Vordergrund des Interesses. Die Versorgungsgewährung muß von sozialen Gesichtspunkten getragen sein. Das bedingt auch den Fortfall des heutigen Unterschieds zwischen Dienst- und Kriegsdienstbeschädigung. Deshalb eine zu gewährende Rente im ziffernmäßigen Betrage verschieden sein soll, je nachdem die eine oder andere Verletzung der Beschädigung in Anwendung zu kommen hat, ist nicht verständlich.

Auch das System der Bewährung von Zulagen in besonders schweren Fällen einer Dienstbeschädigung ist einer Umgestaltung zu unterziehen.

Der Ausschluß jedes Rechtsweges über die Frage, ob eine Gesundheitsstörung als eine Dienstbeschädigung anzusehen ist, und ob eine Dienstbeschädigung als durch den Krieg erlitten anzusehen ist, vorerstester unserer heutigen Rechtsbegriffe. Hierüber dürfte auch kaum irgendeine Meinungsverschiedenheit bestehen. Die Zahl der ohne Rente Entlassenen ist so überaus groß, daß das Bedürfnis nach einem unabhängigen Gericht, das die zwischen dem Heeresdienst und der Heeresverwaltung strittigen Fragen nachzuprüfen haben wird, ganz unabweisbar geworden ist. Die vom Reichsausschuß für Kriegsbekämpftenfürsorge gemachten Vorschläge fürchten insofern durchaus das Richtige treffen, als sie ein Verfahren vorsehen, das dem auf dem Gebiet der Sozialversicherung nachgebildet ist. Es wird jedoch darüber hinausgehend zu fordern sein, daß gegen die Entscheidungen der ersten Instanz der Rekurs an die beim Reichsverwaltungsamt zu stehende Oberprüfungsbehörde zulässig ist.

Es wird eine dauernde Sorge umsofort zukünftigen Sozialpolitik sein müssen, den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbekämpften möglichst ständige Beschäftigung zu sichern. Man wird sich nicht darauf verlassen dürfen, daß das bei einer auf rein geschäftliche Rücksichten abgestellten Betriebsführung regelmäßig der Fall sein werde. Das Gegenteil dürfte zutreffen. Es machen sich schon Stimmen bemerkbar, die darauf hinweisen, daß die industriellen Betriebe nicht mit minderwertigen Kräften überfüllt und damit in ihrer Leistungsfähigkeit gehemmt werden dürfen. Das Unternehmertum will eben aus dem vollen wirtschaftlichen, ohne Rücksicht auf die Gesamtinteressen. Es rechtfertigt sich deshalb eine Vorsicht, wonach der Unternehmer im Verhältnis zur Zahl der überhaupt beschäftigten Arbeiter einen bestimmten Hundertteil von Kriegsbekämpften einstellen muß. Dieses Gebot ist mit einer im Falle der Nichtbeschäftigung zugunsten der Kriegsbekämpftenfürsorge oder der Arbeitslosenunterstützung zu zahlenden Abgabe so wirksam zu machen, daß dem Unternehmer die Beschäftigung als das weniger Belastende erscheint. Neben der Einstellungsfrist für den Arbeitgeber ist ein Schutz der Kriegsbekämpften in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Wissell kommt noch ausführlicher und gedankenreicher Begründung zu folgender

## Zusammenfassung der Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete.

### A. Arbeiterschutz.

1. Allgemeines. Der Arbeiterschutz hat sich auf alle in selbstständiger Stellung befindlichen Personen zu erstrecken. Seine Durchführung ist in höherem Maße als bisher zu übernehmen. Die die Durchführung regelnden Vorschriften haben die Betriebe mit mindestens fünf beschäftigten Arbeitern besonders zu berücksichtigen.

2. Gesundheitschutz. Das Verbot der Herstellung und Verwendung des weichen Schusswafers ist auszudehnen auf die Herstellung und Verwendung anderer, die Gesundheit der Arbeiter schädigender gewerblicher Gifte und diese Wirkung hervorrufernder Betriebsweisen. Soweit nach dem Stande der Technik ein solches Verbot nicht ausführbar erscheint, sind Betriebe, in denen eine besondere Gefährdung der Arbeiterschaft durch die Betriebsweise oder die Art der zur Arbeit benötigten oder sich durch die Produktion ergebenden Stoffe zu befürchten ist, besonderer Aufsicht und ärztlicher Überwachung zu unterstellen.

Die Heimarbeit — siehe auch Nr. 9 — ist zu verbieten

a) für alle Arbeiten, bei denen schwere Gesundheitsbeschädigungen, z. B. Vergiftungen vorkommen können.

b) für die Herstellung von Lebens- und Genussmitteln.

3. Tägliche Arbeitszeit. Die tägliche Arbeitszeit darf für männliche Arbeiter über 18 Jahre acht Stunden nicht übersteigen. Tätigkeiten, in denen die Arbeit mit Zeiten der Arbeitsbereitschaft wechselt, sind besonderen Bestimmungen zu unterstellen.

4. Nachtarbeit. Die Nachtarbeit ist gesetzlich zu verbieten, sofern nicht bestimmte, durch Gesetz oder Verordnung zu be-

zeichnende Betriebe ihrer Art nach oder aus technischen Gründen auf sie angewiesen sind.

5. Sonntagsruhe. An Sonn- und Festtagen dürfen Arbeiter nicht gewerblich beschäftigt werden. Die Voraussetzungen der Gewährung erforderlicher Ausnahmen sind im Gesetz festzulegen. Die zulässige Sonn- und Festtagsarbeit darf das absolut gebotene Maß nicht überschreiten. Den an Sonn- und Festtagen beschäftigten Arbeitern ist die für diese Tage vorgeschriebene Ruhezeit an Wochentagen zu gewähren.

6. Arbeiterinnenschutz. Die Arbeitszeit für gewerblich beschäftigte Arbeiterinnen darf täglich acht Stunden, an den Sonnabenden und den Tagen vor Festtagen vier Stunden nicht übersteigen. Nach beendeter Arbeitszeit darf den Arbeiterinnen weitere Arbeit nicht nach Hause mitgegeben werden.

Die gewerbliche Beschäftigung von Arbeiterinnen ist grundsätzlich zu verbieten.

- a) in der Nachtzeit,
- b) an Sonn- und Festtagen,
- c) bei gesundheitschädlicher und der Körperkonstitution der Frauen nicht entsprechender Arbeit,
- d) 6 Wochen vor der zu erwartenden Entbindung und 26 Wochen nach derselben. Für die ferneren 26 Wochen darf eine gewerbliche Beschäftigung nur für die Dauer von vier Stunden täglich stattfinden.

Ausnahmen von den Vorschriften unter a und b — etwa für das Pflegen von weiblichen Kranken oder sonstiger Pflegebedürftigen — sind durch Gesetz zu bestimmen. Auch die unter c benannten gesundheitschädlichen Betriebe und Tätigkeiten sind vom Gesetz zu bestimmen, die der Körperkonstitution der Frauen nicht entsprechenden Tätigkeiten (Bergbau, Lauten usw.) durch Verordnung. Von den Vorschriften unter d darf der zuständige Gewerbeaufsichtsbeamte Ausnahmen dann zulassen, wenn mindestens 8 Wochen seit der Geburt verstrichen sind und wenn durch standesamtliche Urkunde der Tod des Kindes oder durch ärztliches Attest die Unfähigkeit der Mutter zum Stillen des Kindes dargetan und durch ebenjohannes Attest nachgewiesen ist, daß gesundheitliche Bedenken für die Mutter durch die vorzeitige Aufnahme der Arbeit nicht bestehen. Die Zulassung zu einer mehr wie vierstündigen Arbeit ist nur dann zu gewähren, wenn das Kind gestorben ist, oder durch eine behördliche Bescheinigung dargetan ist, daß das Kind einer der ordnungsmäßigen mütterlichen Pflege mindestens gleichwertige geniesst.

7. Schutz der Kinder und Jugendlichen. Die gewerbliche Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren ist zu verbieten. Für jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren darf die tägliche Arbeitszeit 6 Stunden nicht übersteigen. Jugendliche in diesem Alter dürfen nicht beschäftigt werden:

- a) in der Nachtzeit,
- b) an Sonn- und Festtagen,
- c) in gesundheitschädlichen Betrieben,
- d) in Bergwerken unter Tage.

Der für Jugendliche zu schaffende Fortbildungsschulunterricht darf nur in die Zeit von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends fallen.

8. Heimarbeiterschutz. Für die in der Heimindustrie tätigen Personen ist ein Schutz auf der Grundlage zu schaffen, wie sie in den Forderungen des Heimarbeitertages vom 11. Juni 1911 — siehe Protokoll dieser Tagung Seite 89—90 — gegeben ist.

9. Gewerbeaufsicht. Zur wirksamen Kontrolle des Arbeiterschutzes ist die Gewerbeaufsicht auf eine breitere Basis zu stellen. Die Posten derselben sind unter Berücksichtigung der Arbeiter und Angestellten aus laienverständigen Kreisen zu entnehmen. Für die Aufsicht und Durchführung der die Beschäftigung von Frauen betreffenden Vorschriften sind Frauen als Aufsichtsbeamte heranzuziehen.

Die Aufsichtsbeamten sind unabhängig zu stellen und mit dem Vollrecht auszustatten.

Die Gewerkschaftsorganisationen sind zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes heranzuziehen.

### B. Arbeiterversicherung.

Die Versicherungsgegebung ist einer durchgehenden Neugestaltung zu unterziehen und in allen ihren Zweigen auf die Kleinen Selbständigen zu erstrecken. Das Ziel des weiteren Ausbaues der Krankenversicherung muß die Schaffung einer Versicherung der minderbemittelten Bevölkerung sein. Auf dem Wege zu solcher Volksversicherung liegt die Einführung der obligatorischen Familienversicherung. Die Einkommengrenze für die Versicherungspflicht ist, soweit sie bisher 2500 M. betrug, auf mindestens 3000 M. zu erhöhen, das Krankengeld auf den Mindestbetrag von 60 Proz. des bis auf 12 M. zu steigenden Grundlohnes festzusetzen. Die gesundheitspolizeiliche Tätigkeit der Krankenkassen ist auszugestalten.

Der Krankenversicherung ist unter Ausbau der bisherigen Wöchnerinnenunterstützung die Mutterschaftsversicherung anzugliedern und diese auf die gesamte minderbemittelte Bevölkerung zu erstrecken. Die Säuglingsfürsorge ist zu einer Kleinkinderfürsorge auszubauen.

Die Unfallversicherung ist auf alle Zweige der Produktion und auf alle Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und der Wohlfahrtspflege zu erstrecken und der Schutz der Versicherung auf gewerbliche Berufsrisiken und sonstige berufliche Schädigungen. Die Verpflegung ist auf paritätischer Grundlage aufzubauen. Die Verbindung zwischen Rechtsprechung und Aufsicht ist zu beseitigen.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist auszubauen und ihr die Angestelltenversicherung und Knappschaftsversicherung unter reichsgesetzlicher Regelung der letzteren anzugliedern.

### C. Öffentlicher Gesundheitschutz.

Die öffentliche Gesundheitspflege ist zu einer umfassenden Gesundheitsfürsorge auszubauen, deren unterste Stelle das kommunale Gesundheits- und Wohlfahrts- oder Fürsorgeamt darstellt. Diesem Amt liegt ob, die Bekämpfung aller gesundheitlichen Schädigungen und die Erforschung ihrer sozialen Ursachen, die Schaffung von Einrichtungen, die der Gesundheitsfürsorge und allgemeinen sozialen Aufgaben dienen. Es ist die Zentralstelle der öffentlichen Wohlfahrtspflege.

Zur Erfüllung der diesem Amt obliegenden Aufgaben sind die Träger der Sozialversicherung heranzuziehen.

### D. Sicherung des Koalitionsrechts.

Das Koalitionsrecht ist von allen es umgebenden und einengenden Schranken zu befreien. Es ist uneingeschränkt allen Schichten der Bevölkerung zu gewähren.

### E. Neugestaltung des Arbeitsrechts.

Die Grundgedanken des geltenden Arbeitsrechts sind entsprechend der heutigen Moral und Rechtsanschauung, d. h. unter besonderer Wahrung der Persönlichkeitsrechte des einzelnen Arbeitnehmers einheitlich durch Reichsgesetz zu regeln. Soweit für bestimmte Gruppen von Arbeitnehmern besondere Bestimmungen erforderlich sind, sind sie als Spezialrechte dieser Schichten dem allgemeinen Arbeitsrecht anzugliedern.

Den in den Tarifverträgen möglichen Änderungen und Neugestaltungen des Arbeitsrechts ist durch Schaffung eines besonderen Arbeitsvertragsrechtes eine gesetzliche Grundlage zu geben.

Die für besondere Arten des Arbeitsrechts schon bestehende Sondergerichtsbarkeit ist zu allgemeinen Arbeitsgerichten auszubauen.

### F. Interessenvertretung der Arbeiterschaft.

In allen Betrieben mit mehr denn 20 beschäftigten Personen sind Arbeiterausschüsse zu bilden.

Die Vertreter der gewerblichen Organisationen im Arbeitsamt (siehe H.) des unteren Verwaltungsbezirks bilden zur Vertretung aller die Interessen der Arbeiterschaft dieses Bezirks betreffenden Fragen ein besonderes Organ.

Für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde sind Arbeitskammern zu schaffen.

### G. Gewerbliche Schlichtungsstellen.

Das gewerbliche Einigungswesen ist auszubauen. Die örtlichen Einigungsämter sind durch solche für größere Gebiete und schließlich für das Reich zu ergänzen. Wo besondere berufliche Verhältnisse die Bildung besonderer Einigungsämter geboten erscheinen lassen — z. B. im Bergbau —, sind sie vorzuziehen. Die Anrufung der Einigungsämter steht jeder Partei zu. Vor ihnen besteht Verhandlungszwang. Die Beschlüsse der Einigungsämter haben im allgemeinen nur moralische Wirkung, doch ist ihnen für die in der darin gesetzlich zu bestimmenden Uebergangszeit nach Friedensschluß zwingende Wirkung beizulegen.

### H. Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge.

Die Arbeitsvermittlung ist einheitlich für das Reichsgebiet zu regeln. Ihre Grundlage findet die Arbeitsvermittlung in den Berufsverhältnisse berücksichtigenden örtlichen Vermittlungsstellen. Die letzteren sind in dem für den Bezirk eines Stadt- oder Landkreises zu bildenden Arbeitsamt zusammenzufassen. Das Arbeitsamt ist zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber unter Leitung eines unparteiischen Vorsitzenden zu bilden. Die Arbeitsämter eines bestimmten Bezirks sind zu Bezirks-Arbeitsämtern zusammenzufassen. Diese dienen dem Ausgleich von Angebot und Nachfrage. Ein Reichsarbeitsamt bildet die Spitze der Bezirks-Arbeitsämter.

Bis zur Wirksamkeit einer zu schaffenden Reichsarbeitslosenversicherung ist eine mit Reichsmitteln zu unterstützende kommunale Arbeitslosenfürsorge vorzuziehen. Die gewerkschaftliche Arbeitslosenfürsorge ist als ein organisatorisches Glied in die behördliche Fürsorge einzureihen.

### I. Armenwesen.

Das Armenwesen ist der heutigen sozialen Anschauung entsprechend auf sozial höhere Stufe zu stellen. Die entwürdigenden Wirkungen sind zu beseitigen. Ebenso das Unterstützungswohnsitz-System.

### K. Jugendfürsorge.

Die zur gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Hebung der Jugend notwendigen Maßnahmen sind zu einem Jugendgesetz zu regeln. Bis zur Schaffung sind einzelne besonders dringlicher Abänderung bedürftige Gebiete des Jugendrechts sofort zu regeln. Z. B. ist die Strafmündigkeit auf vierzehn Jahre, das Schulalter des § 182 St. G. B. auf achtzehn Jahre zu erhöhen, das Strafverfahren gegen Jugendliche unter Berücksichtigung des bedingten Aufschubs der Strafverfolgung und die Fürsorgeerziehung zu regeln usw.

### L. Wohnungsfürsorge.

Die Wohnungsfürsorge ist nach sozialen Gesichtspunkten durch ein Reichswohnungsgesetz zu regeln.

### M. Reichsministerium für Sozialpolitik.

Zur Durchführung der sozialpolitischen Aufgaben und zur Förderung sozialpolitischer Maßnahmen ist ein Ministerium für Sozialpolitik, zur Entscheidung der Rechtsfragen sozialpolitischer Art ein unabhängiger Gerichtshof zu schaffen. Dem letzteren sind auch die Streitfragen der sozialen Versicherung zu übertragen.

### N. Maßnahmen zugunsten der Kriegsteilnehmer und Kriegsbekämpften.

Sofern die Heeresinteressen die Erlassung der aus Anlaß des Krieges zum Wehrdienst Entzogenen rechtfertigen, hat diese unergütlich zu erfolgen. Dabei ist möglichst Rücksicht zu nehmen auf die Wiederaufnahme des normalen Wirtschaftslebens, nicht aber auf eine etwa befürchtete Überfüllung des Arbeitsmarktes.

Den Entlassenen sind zur Erholung und Ordnung ihrer privaten und wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Dauer eines Monats die bisherigen Bezüge und entsprechendes Versorgungsgeld, und Bekleidungs- und sonstiger Vorteile die Kriegsunterstützung zu gewähren. Für sich dann ergebende Zeiten der Arbeitslosigkeit ist eine entsprechende Arbeitslosenunterstützung vorzuziehen.

Den Kriegsteilnehmern ist nach Möglichkeit die Wiedereinstellung in den alten Betrieb zu sichern. Die Entscheidung über die Voraussetzungen der Wiedereinstellung steht paritätischen Schlichtungsstellen zu. Den Heeresangehörigen vom Arbeitgeber gewährte Unterstützungen begründen keinen Rechtsanspruch auf Wiedereintritt in die Beschäftigung. Solche Unterstützungen gelten auch nicht als rückzahlbare Darlehen.

Soweit Kriegsteilnehmer oder im Hilfsdienst Tätige dieser Eigenschaft oder Tätigkeit wegen aus einer Betriebs-Pensionskasse ausscheiden mußten, muß die Mitgliedschaft durch Zahlung einer Anerkennungsgeld erhalten werden können; die im Heere oder im Hilfsdienst verbrachte Zeit gilt der Zahlung der Anerkennungsgeld gleich.

Durch gesetzliche Vorschriften ist das Wiederaufleben der durch die Kriegsverhältnisse verfallenen Versicherungsansprüche zu bewirken.

Den Kriegsteilnehmern ist bei der Ordnung ihrer durch den Krieg zerrütteten Verhältnisse die Hilfe des Staates zu gewähren. Die Kleinrentenversicherer sind in die Friedenszeit zu übernehmen, obligatorisch zu machen und zu allgemeinen Schuldrentenversicherern auszubauen.

Die Kriegsbekämpftenfürsorge ist reichsgesetzlich zu regeln. Die Rentenversorgung der Kriegsbekämpften ist einer von sozialen Gesichtspunkten geleiteten Neuordnung zu unterziehen. Die durch den Gegensatz zwischen Dienst- oder Kriegsdienstbeschädigung begründeten Unterschiede der Versorgungsgebühren sind zu beseitigen.

Für die Entscheidung zurückgewiesener Versorgungsansprüche ist ein Rechtsweg vorzuziehen, der dem auf dem Gebiet der sozialen Versicherung entspricht.

Für die Militärhinterbliebenenversorgung haben die gleichen Grundsätze in entsprechender Weise zu gelten.

Für die ersten zwei Jahre nach dem Kriege steht den aus dem Heeresverband entlassenen Soldaten der Anspruch auf freie ärztliche Versorgung durch die allgemeine Orts- und Land-Krankenkasse ihres Wohnortes zu. Den Krankenkassen sind für die ihnen aus dieser Verpflichtung und für die aus den Nachwirkungen des Krieges erwachsenden besonderen Lasten aus Reichsmitteln Zuschüsse zu gewähren. Die Höhe und die Grundlagen der Berechnung derselben ist durch Gesetz zu bestimmen.

Den wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen ohne Versorgungsanspruch aus dem Heeresdienst Entlassenen steht bis zur rechtskräftigen Entscheidung ihrer Rentenansprüche, ihrer Erwerbsfähigkeit entsprechend, der Anspruch auf Versorgung aus Kap. 64 des Allgemeinen Pensionsfonds zu. Entsprechendes gilt für die Hinterbliebenen.

Bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten ist dem Unternehmer die Beschäftigung von Kriegsbekämpften aufzuerlegen, eventuell ist diese Pflicht auf alle Unternehmer zu erstrecken. Eine solche Pflicht ist durch eine Zwangsstrafe wirksam zu machen.

# Aus dem Bericht der Reichstagsfraktion.

Der Bericht der Reichstagsfraktion an den Bürgertag umfaßt 60 Druckseiten. Er ist — abgesehen vom Kapitel, das aus der Feder des Genossen David stammt, dessen Bericht Schulz verfaßt. Die ganze Schrift gliedert sich in folgende Abschnitte:

1. Der 4. August 1914 und die Kreditbewilligung.
2. Die Kriegskredite.
3. Die Friedensarbeit der Fraktion.
4. Der Kampf für Freiheit und Demokratie.
5. Lebensmittelnot und Ernährungsmaßnahmen.
6. Sozialpolitisches.
7. Heeresangelegenheiten.
8. Die Steuererhebung.
9. Gegen Besatzungsstand und Zensur.
10. Die Staatsberatungen.
11. Die Bootfrage.
12. Gefangenwürfe: a) Die Rotpfeife vom August 1914. b) Die Änderung des Vereinsgesetzes. c) Das Kapitalabfindungsgesetz. d) Das Gesetz über den vaterländischen Unterricht. e) Verabreichung von Rindfleisch an die Militärs. f) Die sonstigen Gesetze. 13. Interpellationen.
14. Petitionen.
15. Anfragen.
16. Ausschussberatungen und 7. Fraktionsangelegenheiten.
18. Schlussbemerkung. Wir müssen uns auf die teilweise Wiedergabe der beiden letzten, für die Parteigeschichte besonders wichtigen Kapitel beschränken.

## Fraktionsangelegenheiten.

### Veränderungen in der Fraktion.

Die Fraktion hat während des Krieges erhebliche Veränderungen erlebt. Durch freiwilligen Anstich an das feindliche Ausland machte Weill seinem Reichstagsmandat ein Ende. Durch den Tod sind drei Mitglieder, die Genossen Franz, Kühn und Hofrichter, entfallen; Genosse Franz war bekanntlich gleich zu Beginn des Krieges als Kriegsfreiwilliger ins Heer eingetreten und fand schon in einer der ersten Schlachten den Heldentod. Durch die Abspaltung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft sind der Fraktion am 24. März 1915 die Genossen Bernstein, Bod, Böhner, Cohn, Dittmann, Geber, Haase, Henle, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogt, Wurm und Zubeil verlorengegangen. Ihnen haben sich später noch die Genossen Ruffel, Albrecht, Raute und Erdmann angeschlossen. Vorher waren schon die Genossen Liebknecht (siehe nächstes Kapitel) und Mühlhölzer ausgeschieden. Für die Genossen Franz, Kühn und Hofrichter traten die Genossen Ged, Müller und Meerfeld in die Fraktion ein, während Weill Mandat bis jetzt noch nicht wieder befehligt worden ist. An Stelle Liebknechts, dessen Mandat ihm durch Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte verloren ging, wurde Genosse Stahl gewählt. Die Fraktion besteht somit aus 88 Genossen. Sie ist damit von der ersten Stelle im Reichstag, die sie bis zur Spaltung innehatte, auf die zweite gerückt.

An Stelle des ausgeschiedenen Genossen Haase wurde Genosse Ebert neben Scheidemann und Kollentubert zum Vorsitzenden der Fraktion gewählt.

### Die Spaltung der Fraktion.

Von Anbeginn des Krieges an war die Fraktion in eine Mehrheit und eine Minderheit gespalten, wenn diese Spaltung zunächst auch nur wenig in die Erscheinung trat. Am 4. August 1914 stimmten innerhalb der Fraktion 14 Genossen gegen die Bewilligung der Kriegskredite, in der öffentlichen Abstimmung im Plenum fügten sie sich aber widerstandslos der gewohnten Partei- und Fraktionsdisziplin an und stimmten für die Kredite. Bei den späteren Beratungen innerhalb der Fraktion wurde die Opposition der Minderheit allmählich lebhafter, sie suchte auch vorwiegendlich die schweren Beschlüssen Liebknechts gegen die Fraktionsdisziplin zu setzen, bis sie am 21. Dezember 1915 (25. Sitzung) bei der damaligen Abstimmung über die Kreditvorlage zum ersten Male auch selber vor einem öffentlichen Bruch mit der Fraktionsdisziplin nicht zurückwich. Die Minderheit stimmte damals im Gegensatz zu den wiederholten Beschlüssen der Fraktion, die, wie wir schon erwähnten, noch im Februar 1915 von der gesamten Fraktion einstimmlich der Minderheit mit der alleinigen Ausnahme von drei Stimmen befohlen worden waren, im Plenum demonstriert gegen die Kredite und begründete ihr Verhalten außerdem durch eine Erklärung. Die Fraktion nahm in ihrer Sitzung, die noch an diesem Tage stattfand, Stellung zu dieser herausfordernden Haltung; sie veröffentlichte eine scharfe Rüge des Disziplinbruchs und lehnte ab, sondern jede Verantwortung für das Vorgehen der Minderheit ab.

Die Verhandlungen der Fraktion im Januar und März 1916 schienen nach ihrem sonstigen Verlauf anfangs danach anzuhen, die aufgesprungene Klüft wieder zu schließen. In der Zensurfrage herrschte Einigkeit, in der Ernährungsfrage bestanden keine wesentlichen Gegensätze, und in der wichtigsten Frage, die noch zu erledigen war, in der Steuerfrage, war eine für beide Teile der Fraktion verbindliche Form der Vorbereitung gefunden worden, die die Hoffnung auf einmütige Entscheidung und damit zugleich auf die wünschenswerte innere Heiligung des mehrmals in seinen Grundfesten erschütterten Fraktionskörpers eröffnete. Leider kam es anders. Und doch ein an sich unerheblicher parlamentarischer Vorgang die schlimmste Schädigung für die Fraktion herbeiführen konnte, ihre Zerstückelung, löst in Verbindung mit einigen beifälligen Erscheinungen die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß die Spaltung der Fraktion seit längerer Zeit von der Minderheit beabsichtigt war, und daß sie nur eine passende Gelegenheit abwartete, um ihren Wunsch in die Tat umzusetzen.

Da sich die Staatsberatungen über den 1. April 1916 hinausziehen, mußte die Regierung, um das Budgetrecht des Reichstags zu wahren, einen sogenannten Rotetel einbringen. Seinem Wesen nach bedeutet er nichts anderes, als die Ermächtigung der Regierung, die Geschäfte des Reichs auf der Grundlage des alten Etats bis auf weiteres fortzuführen. Nach altem parlamentarischem Gebräuche ist der Rotetel nur eine Formalität, so daß an seine Einbringung keine allgemeine politische Debatte geknüpft wird. Um so weniger lag dazu in dieser Nähe Veranlassung vor, als die ordentlichen Staatsberatungen, bei denen alle Rosenkranze zu sagen war, unmittelbar vor der Tür standen. Diefür hätte die Fraktion auch schon zum Teil die Redner bestimmt. In den meisten Staatsfragen sowie in der wichtigsten Steuerfrage waren wie üblich, wegen der sachlichen Einigkeit der Fraktion, Vertreter der Mehrheit und der Minderheit bestimmt worden. Zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage dagegen, die durch die inzwischen wichtig gewordenen U-Boot-Debatten eine besondere Note erhalten mußte, wurden zwei Vertreter der Mehrheit ernannt. Das ist der Fraktionsmehrheit als Rücksichtlosigkeit ausgelegt worden, und man hat damit die Notwendigkeit der Abspaltung zu begründen versucht. Nichts unrichtiger als das. Wenn die Mehrheit einer demokratischen Organisation sich noch eingehender Beratung für eine bestimmte Auffassung entscheidet, kann sie nicht einen Gegner ihrer Auffassung mit ihrer öffentlichen Vertretung beauftragen.

Zur parlamentarischen Erledigung des Rotetels folgte der Fraktionsvorstand in der Sitzung vom 24. März vormittags vor dem früheren Gebräuche der Fraktion und des gesamten Reichstags gemäß dem Rotetel als reine Formalität ohne weiteres passieren zu lassen. Da der Rotetel parlamentarisch die Verlängerung des vorigen Hauptetats sei, dem wir im vorigen Jahre zugestimmt hätten, mußten wir auch demgemäß für diese Verlängerung stimmen. Unserer Zustimmung über den neuen Hauptetat wurde da-

durch in keiner Weise vorgegriffen. Gegen diesen Vorschlag wandten sich mehrere Vertreter der Minderheit, besonders Genosse Haase, ohne jedoch auch nur mit einer Silbe anzudeuten, daß sich die Minderheit vom 21. Dezember bereits durch Beschluß festgelegt hatte, dem Fraktionsbeschlusse auf alle Fälle zuwiderzuhandeln, sowohl durch Neben im Plenum als auch durch Ablehnung des Rotetals. Die Mehrheit der Fraktion entschied sich für den Vorschlag des Fraktionsvorstandes.

Die Fraktionsitzung endete unmittelbar vor Beginn der Plenarsitzung, in der der Rotetel auf der Tagesordnung stand. Als der Präsident des Reichstags schon auf seinem Platze lag und die Sitzung eröffnete, teilte Genosse Haase dem Fraktionsvorstand mit, daß er zum Rotetel erden und die Ablehnung des Etats durch seine Freunde begründen werde. Als diese Mitteilung den in den Sitzungsraum hereinströmenden Mitgliedern der Fraktionsmehrheit bekannt wurde, benutzte sie ihrer eine ungeheure Erregung und Erbitterung, teils über den erneuten und erschweren Disziplinbruch, der in dem Vorgehen der Minderheit lag, noch mehr aber über die Hinterhältigkeit, die in der Art und Weise des Vorgehens zum Ausdruck kam. Kaum fünf Minuten zuvor hatte man gemeinsam gelacht und herolzt, die Minderheit hatte mit allen Rechten an der Fraktionsitzung teilgenommen und ihren Standpunkt vertreten. Aber mit keinem Wort hatte man verriet, daß man eine solche folgenschwere Unternehmung gegen die Einheit der Fraktion bis in alle Einzelheiten vorbereitet hatte.

Es wurde sofort nach der Plenarberatung eine neue Fraktionsitzung abgehalten, in der Genosse Ebert die Situation durch folgende Ausführungen darstellte: „In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfindend sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Danach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuererlagen. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig geworden, im Senatorenkonvent zu fordern, daß noch Erledigung der U-Boot-Frage und des Etats des künftigen Jahres in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden sollte. Wir haben diesen Vorschlag dem Senatorenkonvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsitzung zugestimmt hat. Weder Geber noch Ledebour, die beide Mitglieder des Senatorenkonvents sind, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Rotetel verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstage keine Hindernisse zu bereiten. Sollte etwas Unvorhergesehenes sich ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten, was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere Genossen, haben auch nur mit einem Wort angedeutet, daß im Plenum zum Rotetel geredet werden sollte. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohlüberlegten Rede bereitstand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.“

Dieser Darstellung fügte Ebert hinzu: „Das ist nicht nur ein Disziplinbruch, das ist eine ganz unerhörte Treuloseheit, ein Vorgehen, das so jedes Gefühl der Kameradschaft vermissen läßt, daß sich ihm in der Geschichte der Partei nichts Gleiches an die Seite stellen läßt. Wir ist kein Vorgang bekannt, daß ein Genosse mit der Kameradschaftlichkeit in Schindler getrieben hätte wie Haase. Hiergegen muß die Fraktion etwas unternehmen, wenn sie sich nicht zum Gespött machen will.“

Ebert las dann im Namen des Vorstandes die folgende, scharfgezeichnet durch die Tagespresse veröffentlichte Erklärung der Fraktion vor:

„Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsitzung zugetragen haben.“

In ihrer Fraktionsitzung am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum nach der Behandlung des Etats des künftigen Jahres in der Haushaltskommission zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Senatorenkonvent widerspruchslos zugestimmt hat. Unschlüssig der Behandlung des Rotetals hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Gebräuche heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen.

In dieser Fraktionsitzung ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Rotetel zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsentscheidung im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird kein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Januar die damalige Sonderaktion aus scharfster gerügt hat, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse öffentlich mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionsangehörigkeit entspringenden Rechte verwirkt haben.“

Zum Schluß stellt Ebert fest, daß seinen letzten gegebenen Darstellungen von keiner Seite widersprochen werde. Darauf gab Stolle im Namen der Fraktionsmitglieder, die am 21. Dezember 1915 die Sonderaktion im Plenum gemacht hatten, die folgende Erklärung ab:

„Ramen meiner engeren Freunde erkläre ich folgendes: Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionsitzung die ausdrückliche Andeutung gemacht, daß er gegen die Fraktionsentscheidung im Plenum vorgehen werde. Diefür hätte die Fraktion auch schon zum Teil die Redner bestimmt. In den meisten Staatsfragen sowie in der wichtigsten Steuerfrage waren wie üblich, wegen der sachlichen Einigkeit der Fraktion, Vertreter der Mehrheit und der Minderheit bestimmt worden. Zur Erörterung der allgemeinen politischen Lage dagegen, die durch die inzwischen wichtig gewordenen U-Boot-Debatten eine besondere Note erhalten mußte, wurden zwei Vertreter der Mehrheit ernannt. Das ist der Fraktionsmehrheit als Rücksichtlosigkeit ausgelegt worden, und man hat damit die Notwendigkeit der Abspaltung zu begründen versucht. Nichts unrichtiger als das. Wenn die Mehrheit einer demokratischen Organisation sich noch eingehender Beratung für eine bestimmte Auffassung entscheidet, kann sie nicht einen Gegner ihrer Auffassung mit ihrer öffentlichen Vertretung beauftragen.“

Diese Erklärung wurde auch von ihren Urhebern in der Tagespresse veröffentlicht und trug hier die Unterschriften von Bod, Böhner, Cohn, Dittmann, Geber, Henle, Herzfeld, Horn, Kunert, Ledebour, Schwarz, Stadthagen, Stolle, Vogt, Wurm und Zubeil.

Über den Antrag des Vorstandes wurde namentlich abgestimmt. Bei der Abstimmung kamen 107 Mitglieder der Fraktion in Betracht. Davon fehlten 12. Von den übrigen stimmten 88 für und 28 gegen den Antrag, 4 enthielten sich der Stimme.

Mit Ja stimmten: Bauer, Bender, Bloch, Böhle, Bren, Brühne, Bud, Cohen, David, Reichmann, Ebert, Neuerstein, Fischer-Berlin, Fischer-Hannover, Frohne, Ged, Giebel, Gödde, Grabauer, Grenz, Haberland, Hasenpflug, Heine, Hiel, Hübner, Hoffmann, Kollentubert, Köppler, Keil, König, Köhler, Krüger, Landsberg, Legien, Penck, Mollenhuth, Kollé, Reus, Spangsch, Sinsau, Oswald, Cuesel, Rauch, Sachse, Scheidemann, Schmidt-Berlin, Schmitt-

Rindken, Schöpfkin, Schulz, Schumann, Segig, Silberstein, Spiegel, Stollen, Sudakum, Taubadel, Thiele, Thone, Wels.

Mit Nein stimmten: Albrecht, Anrich, Bernstein, Bod, Böhner, Cohn, Dittmann, Emmel, Ewald, Fischer-Sachsen, Frick, Hoch, Hoffmann-Kaiserlautern, Hofrichter, Horn, Dittmann, Jödel, Kunert, Ledebour, Leuteri, Raute, Reichhaus, Rühl, Schmidt-Reihen, Schwarz, Simon, Stadthagen, Stolle, Stubbe, Stücken, Vogt, Wurm, Zubeil.

Der Stimme enthielten sich: Davidsohn (weil ein von ihm gestellter Änderungsantrag auf Streichung der Worte „dadurch wird kein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch“ von der Mehrheit der Fraktion abgelehnt worden war), Haase, Henle, Herzfeld.

Abwesend waren: Baudert, Binder, Brandes, Dick, Erdmann, Feldmann, Geber, Hugel, Peitrows, Ulich, Volland, Wendel.

Zur Geschäftsordnung sagte sodann Genosse Ledebour: „Ich bitte die Kollegen, die mit dem Beschluß nicht einverstanden sind, sich nach Schluß der Sitzung im Zimmer 1 zusammenzufinden.“

Genosse Ebert wies diese Bemerkung scharf zurück, das gehöre nicht zur Geschäftsordnung. Walle die Minderheit Veranlassungen treffen, die der Fraktionsdisziplin zuwiderlaufen, so möge sie das auf demselben Wege tun, auf dem sie es bisher schon getan habe.

In einer Rechtfertigungsschrift hat die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft später ihre „Bildung“ als einen „historisch notwendigen Akt“, notwendig im Interesse des Sozialismus und der Einheit der Partei hinzustellen versucht. Sie hat dafür aber nur in ungefähr 13 Zeilen mit einigen verlegenen Worten einige kümmerliche Gründe anzuführen gewagt: sie habe bei der Erörterung „die grundsätzliche Stellung der Partei zur Annexionsfrage, zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen, zum Völkervertrag, in der U-Bootfrage habe sie allein den rücksichtslos U-Bootkrieg verurteilt, und für die Rücknahme der Besatzung sei sie sofort eingetreten.“

Ob die Arbeiter diese Leistungen als eine ausreichende Begründung für die schwere Schädigung, die der Arbeiterbewegung überhaupt zugefügt worden konnte, für die Spaltung des bisher großen und einflussreichen, während des Krieges doppelt und zehnfach einflussreichen Reichstagsfraktion, ansehen werden? Eine Spaltung als Mittel zur Einheit! Eine reaktionäre Loslösung von den Kampfgenossen als Mittel zur Entwidlung des Sozialismus! „Grundsätzliche“ Stellung zur Annexionsfrage, zum Selbstbestimmungsrecht der Völker und zum Völkervertrag, obwohl „grundsätzliche“ Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion darüber nicht bestanden. Gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg und für die Neutralität im Reichstage, obwohl beides von der alten Fraktion besser und wirkungsvoller vertreten worden war und wird, als von der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft!

Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft vergißt aber bei ihrem Schluß, den deutschen Arbeitern einige andere Tatsachen mitzuteilen, die mit der Spaltung unauflöslich zusammenhängen. Es darf zunächst nicht der moralische Eindruck außer acht gelassen werden, den die Spaltung der bisher unerschütterlich einigen Sozialdemokratie auf die bürgerliche Welt und auf das Ausland machte. Das feindliche Ausland mußte dadurch in der Auffassung bestärkt werden, die feindlich erreichte Immaterialität im deutschen Volke sei jetzt auf dem besten Wege. Für die bürgerlichen Parteien Deutschlands und ihre Vertretungen im Reichstage aber mußte die Sozialdemokratie viel von ihrer bisherigen Bedeutung verlieren, mit der zu rechnen man gewohnt war, besonders während der verflochtenen Kriegszeit. Man brauchte nicht nur ein zahlenmäßig die Sozialdemokratie noch nun ab nur noch mit 89 Stimmen einzusehen, welche Ziffer sich durch das Gegenüberanderstehen der beiden Fraktionen wie unter oder bei der einzigen Friedensresolution im Juli 1917 sogar noch auf 66 herabmindert; man durfte auch die moralische Stärke der Partei geringere schätzen, da eine von inneren Georäften getriebene Partei nicht mehr die Schlagkraft besitzt, wie eine innerlich einigte Partei. Gewiß waren die Gegensätze in der deutschen Sozialdemokratie auch schon vorher der bürgerlichen Welt nicht unbekannt geblieben. Aber sie waren doch mehr oder minder auf Kalkulationen angewiesen gewesen; außerdem war auch in früheren Jahren die Sozialdemokratie trotz innerer Gegensätze in ihrer Schlagkraft und in ihrer Kampffront gegenüber den Gegnern geschlossener geblieben. Jetzt aber war vor der größten Öffentlichkeit und mit schonungsloser Rücksichtslosigkeit die Zerstückelung der deutschen Sozialdemokratie bekanntgemacht worden.

Weitere Folgerungen aus der Abspaltung ergaben sich von selber. Hatte die Minderheit sich einmal „selbständig“ gemacht, so mußte sie auch zeigen, daß sie etwas Besonderes zu sagen und zu tun hatte. Das konnte sie nur im Kampfe gegen die Fraktion. Denn im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien vermute sie nicht mehr und nichts Besseres zu leisten als die Fraktion. So beabsichtigte die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft nach dem Wiederauftritt des Reichstags im Mai 1916 eines für sie ebenso wenig ehrenvollen wie erfolglosen parlamentarischen Weillaufs mit der Fraktion. Das damit nicht dem besten der deutschen Arbeiter gedient sein konnte, das leuchtet ohne weiteres ein und das haben auch die Verhandlungen oftmals ergeben.

### Schlussbemerkung.

Ein summarischer Rückblick auf die gesamte Tätigkeit der Fraktion ergibt, daß sie zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit bestrebt gewesen ist, die Interessen der deutschen Arbeiterklasse in dem fürchterlichen Zusammenprall und Durcheinander dieses Weltkrieges mit besten Kräften wahrzunehmen. Als die entscheidende Richtlinie für ihre Tätigkeit galt ihr dabei die unerschütterte von ihr aufrechterhaltene Erkenntnis, daß die deutsche Arbeiterklasse ein wichtiges Stück, wenn nicht das wichtigste Stück des deutschen Volkes bildet, und daß ihr innerhalb der imperialistischen Gegensätze des Krieges daher zunächst nur zu helfen ist, wenn dem deutschen Volke als Ganzem und seiner nationalen Form als dem Deutschen Reiche gegenüber seinen zahllosen Feinden tatkräftig und mit unbedingter Entschlossenheit geholfen wird.

Wer diese Voraussetzung ablehnt, wer also die internationalen Beziehungen und Verpflichtungen des deutschen Sozialismus höher stellt als seine Pflichten gegenüber dem eigenen Volke und seiner weltwirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung, mag die Tätigkeit der Reichstagsfraktion im ganzen sowie in ihrer Einzelheiten für falsch halten. Mit ihm haben wir uns hier aber auch nicht auseinanderzusetzen.

Wer diese grundsätzliche Haltung der Fraktion anerkennt, weil sie allein der rechten Wirklichkeit und den harten Tatsachen in der von der Rot der Zeit geforderten Weise Rechnung trägt; wer also die Weiterentwicklung der deutschen Arbeiterbewegung auf absehbare Zeit in materieller wie in geistiger Beziehung nur von ihrer wirkungsvollen und verantwortungsbereiten sozialistischen und demokratischen Mitarbeit im Rahmen des Volksganzen erwartet; und wer dadurch auch ein Wiederaufleben der Internationale durch ein gleichartiges Verhalten der Arbeiter in anderen Ländern erhofft, der mag im einzelnen manches an unserem parlamentarischen Verhalten bemängeln, im großen und ganzen aber wird er der Fraktion für ihre Haltung im Krieges gern die von ihr vom Parteilag ererbte Erbschaft ererben.

# Ein tragischer Fall vor dem österreichischen Parlament.

Wien, 11. Oktober. Abgeordnetenhause. Vor dem Eingehen in die Tagesordnung verlas der Landesverteidigungsminister Gapp den Bericht des Militärarztes über die in der letzten Sitzung in einer dringlichen Anfrage besprochene Tötung eines Dragoners im Wiener Stabstabs. Die Erhebungen ergaben, daß bereits auf dem Wege zum Bahnhof der Transportzug Disziplinlosigkeit zeigte, weshalb die Begleitoffiziere wiederholt einschreiten mußten, wobei der Oberleutnant einem Korporal, der sich weigerte, in die Einstellung zu treten, eine Ohrspeiche versetzt haben soll. Die Maßregelung des Korporals wurde von den Soldaten eifrig besprochen, am lautesten von dem Dragoner Moriz, welcher erklärte, er liege sich solches nicht gefallen, bei ihm wäre ein Leutnant zu sein. Moriz machte hierbei eine entsprechende Geste, die er in herausfordernder Weise wiederholte, als Leutnant Jertit vorüberkam. Dieser sagte Moriz vorn bei der Waise. Moriz rief mehrmals: „Laffen Sie mich los!“ und verzeigte Jertit einen Schlag mit der geballten Faust ins Gesicht, so daß der Leutnant Nappe herunterfiel. Darauf zog Jertit das Bajonett und stach dem Dragoner in die Brust. Niemand dachte daran, daß der Schlag tödlich sein konnte. Die Kameraden hielten sich umfallen des Moriz für einen Spaß. (11) Gegen den Reserveleutnant Jertit und den Reserveoberleutnant Neßbügel wurde ein gerichtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet; die größte Beschleunigung des Verfahrens wurde verlangt.

Der Minister bittet schließlich, die Erledigung der Sache durch das zuständige Gericht abzuwarten.  
Das Haus erledigte weiter Ausschussberichte und begann sodann die Verhandlung des Berichts des Pressenausschusses betreffend die Aufhebung der politischen Zensur.

# Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 10. Oktober. In allen Teilen des Mittelmeeres wurden dem feindlichen Schiffsverkehr durch unsere U-Boote wieder schwere Verluste zugefügt. 12 Dampfer und 33 Segler mit zusammen über

**46 000 Br.-Reg.-To.**

sind trotz des bereits fast verminderten Seeverkehrs versenkt worden. Darunter waren zwei Transportdampfer, beide wahrscheinlich mit Truppen an Bord, ferner der englische Dampfer Gibraltar (3808 Tonn) mit 5000 Tonn Getreide nach Südfrankreich und der griechische Dampfer Athos (2464 Tonn) mit 3500 Tonn Kohlen für Italien.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

# Kleine Kriegsnachrichten.

Kriegsberichterstatter Oberst Emerson, der über deutsche Kriegsteilnahmen an amerikanischen Blätter schrieb und in Amerika Vorträge über Deutschland hielt, erklärt gegenüber Beschuldigungen in der Entenreise in einer Zuschrift an das Wollische Bureau, daß er nur 10 000 Dollar vom deutschen Vorkriegsbesitzer oder irgend jemand anderem erhalten und demgemäß auch nur eine Quittung für eine solche Summe geschrieben habe.

Frau Turmel verhaftet. Reuter meldet: Frau Turmel ist ebenfalls verhaftet worden.

Amerika als Ententebankier. Wie die Agentur Radio aus Washington meldet, gewährten die Vereinigten Staaten Belgien einen neuen Vorstoß von zwei Millionen Dollar. Die Summe der Darlehen erreichte damit einen Betrag von 255 Millionen Dollar. An die Verbündeten sind bisher insgesamt drei Milliarden 518 400 000 Dollar an Darlehen gewährt worden.

Der Schiffsverkehr im Suezkanal betrug nach einer Meldung der englischen Zeitung „Scotsman“ in dem am 30. Juni 1917 abgelaufenen Jahre 4 287 000 Tonn gegenüber 10 344 676 Tonn in dem am 30. Juni 1914 abgelaufenen Jahre.

Die Internationale Parlamentarische Konferenz eröffnete am 9. Oktober in Paris das Programm für die Londoner Konferenz vom Mai 1918. Als Tagesordnung für diese werden folgende Gegenstände angeführt: 1. Rückversicherungen; 2. Verallgemeinerung des Systems Taylor; 3. Zollwesen nach dem Abzuge und Organisation des Kampfes gegen die deutsche Handelsbespionage; 4. Schaffung eines internationalen Handelsfirmen-Verzeichnisses; 5. Donauschiffahrt; 6. Spezifizierung der Industrien in den verbündeten Ländern zur Vermeidung des Wettbewerbes unter ihnen; 7. Einheitlichkeit der Gesetzgebung in bezug auf industrielles und geistiges Eigentum.

Die Kohlennot in der Schweiz. Zur Erzielung weiterer Kohlenexporte hat der schweizerische Bundesrat beschlossen, den Eisen- und Stahlindustrie für das ganze Gebiet der Eidgenossenschaft für obligatorisch zu erklären. Sonntags müssen alle Verkaufsmagazine geschlossen bleiben. Die Kinematographen dürfen an jodisch Tagen im Monat nicht mehr spielen.

Russlands Kriegsziele. Wie die Pariser Blätter aus New York erfahren, erklärte Roosevelt in einer Rede, der Friede könne nur nach einem Siege des Verbandes geschlossen werden. Deutschland müsse vollständig geschlagen und Oesterreich sowie die Türkei aufgelöst werden.

Japanischer Vorstoß an Rußland. Ähnlichen japanischen Kreisen ist zur Kenntnis gebracht worden, daß Japan der russischen Regierung 66 667 000 Yen zu 6 Proz. Zinsen vorgeschlagen hat.

# Ministerialdirektor Giesberts?

Der „Berliner Lokalanzeiger“ will wissen, daß der Zentrumsgesandte Giesberts voraussichtlich das Reichswirtschaftsamt übernehmen werde. Zunächst solle für ihn der Posten eines Ministerialdirektors geschaffen werden.

Es wäre tief bedauerlich, wenn ein Reichstagsabgeordneter unter den gegenwärtigen Umständen ein Amt von der Regierung annehmen würde. Da heißt es denn doch: „Man merkt die Absicht und man ist verstimmt.“

# Alldeutsche Agitation mit amtlichem Stempel

Der „Presiden Anzeiger“, offizielles Amtsblatt der königlichen Amtshauptmannschaften Birna, Dresden-Kreisstadt und Meitz, des königlichen Land- und Amtsgerichts, der königlichen Polizeidirektion und des Rates zu Dresden sowie des Gemeindevorstandes und des Gemeinderates zu Pleßwitz, welcher täglich eine offizielle Abteilung „Amtliche Bekanntmachungen“ enthält, bringt innerhalb dieser amtlichen Bekanntmachungen den Aufruf zur Mitgliedschaft des Ortsvereins Pleßwitz der Deutschen Vaterlandspartei.

In Danzig verläßt der „liberale“ Oberbürgermeister Scholz ein Rundschreiben, in dem er zur Gründung einer Ortsgruppe der Vaterlandspartei auffordert, damit ein „kraftvoller deutscher Frieden“ geschlossen werde.

In Sommerfeld (R.-L.) fand vor einigen Tagen ebenfalls eine Versammlung der Vaterlandspartei statt. Der Versammlung war von überaus starkem Interesse. Reichslandtagsabgeordneter, der Folgen wie anderswo. Die Postbeamten müssen unter schriftlich erklären, daß sie mit ihren Familien der Vaterlandspartei beitreten. Wer würde von der Versammlung nicht weiter Notiz nehmen, wenn nicht auch die dortigen Tuchfabrikanten versuchten,

auf ihre Arbeiter einen Druck auszuüben. Allen Weisern ist nahegelegt worden, beizutreten; das Eintrittsgeld bezahlt der Fabrikant. Als bei Ausbringung des Kaiserhochs eine Anzahl Versammlungsteilnehmer sitzen blieben, wurde ihnen vom Versammlungsleiter eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung angedroht.

# Normaldeutsche gegen Alldeutsche.

In einer von ungefähr 1000 Personen besuchten Volksversammlung, die in dem kleinen Städtchen Rösas am Niederrhein stattfand, sprach am letzten Sonntag Reichstagsabgeordneter Genosse Haberhand über den Verständigungsfrieden. Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall, die Versammlung nahm einstimmig eine Entschlieung an, die sich mit der Friedensarbeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden erklärt und gleiches Recht für alle Staatsbürger fordert.

Etwa 8-900 Staats- und Gemeindearbeiter in Breslau versammelten sich auf dem Ruf der Sozialdemokratie, um im Gegensatz zu dem Druck der Behörden aus freier Entschlieung zu den politischen Fragen der Zeit Stellung zu nehmen. Nach einem Vortrage des Genossen Lössle schloßen sich noch am selben Abend 185 Personen als neue Mitglieder der sozialdemokratischen Partei an und kündigten lauten weitere Beitrittserklärungen beim Vorstand des sozialdemokratischen Vereins ein.

Eine Miesdemonstration fand am Mittwochabend in Gamburg statt. Über 1000 Personen hatten sich bei Sagebiel, dem größten Saale Deutschlands, zusammengefunden; Tausende fanden keinen Einlaß, weil bereits eine Viertelstunde vor dem angeordneten Versammlungsbeginn die Saaltüren geschlossen werden mußten. Referent war Genosse Müller vom Parteivorstand. Seine Ausführungen fanden stürmischen Beifall. In der Diskussion sprach Dr. Peterson von der fortschrittlichen Volkspartei im Sinne des Referats.

In Lübeck sprach am gleichen Abend Genosse Stüdtgen über dasselbe Thema; die Versammlung wies ebenfalls den besten Erfolg auf.

# Die Harmlosen.

Eine schöne Illustration zu dem Rundschreiben der Deutschen Vaterlandspartei, in dem diese ihre vollendete Harmlosigkeit darzulegen sucht, bildet die Gründungsversammlung eines Kreisvereins der Partei in Brauns (Westpreußen). Auf dieser sagte ein hochgestellter Beamter, Landeshauptmann Frhr. Senff von Wiliach, nach dem Bericht des konservativen Danziger Organs u. a. folgendes:

„Der Reichstag hat mit der Resolution vom 19. Juli Verrat am Vaterland geübt, da wir mit gebundenen Händen unseren Feinden ausgeliefert werden sollen.“

Wir können einen Verrat am Vaterlande nur darin erblicken, daß hier ein hoher Beamter vor der Öffentlichkeit und dem feindlichen Auslandes beruht, auf Grund wahrheitswidriger Behauptungen die Mehrheit der deutschen Volksvertreter und mit ihr die Mehrheit des deutschen Volkes als Vaterlandsverräter hinzustellen. Uebrigens eine Frage: Auch die Regierung steht ja auf dem Boden der Reichstagsresolution; sie hat in ihrer Kopfnote ausdrücklich auf sie Bezug genommen. Besteht nun die deutsche Regierung auch aus Vaterlandsverrättern?

# Um den Dorpater Dom.

In einem Schreiben an die konservative Fraktion des Herrenhauses begründet Professor Adolf Wagner, Mitglied des Herrenhauses, warum er weiter Mitglied der Fraktion bleiben möchte, obwohl er durch sein ärztliches Befinden verhindert ist, an den Sitzungen des Hauses teilzunehmen. Ausschlaggebend ist ihm — trotz gewisser abweichender Meinungen in Wirtschaftfragen — die Uebereinkommnung mit der Fraktion in Fragen der auswärtigen Politik. Professor Wagner verwelkt darauf, daß ihm schon in den sechziger Jahren die Wiedergewinnung des Dorpater Doms und des Stralburger Münsters als politische Ziele vorgeschwebt hätten. Wie seinerzeit in der elsass-lothringischen Frage, so stände er jetzt in der baltischen und belgisch-flamischen Frage. Professor Wagner verlangt im Osten die „natürliche Wapenbegrenzung“, die wir bekanntlich noch nicht einmal militärisch erreicht haben, mit Riga und Dorpat samt dem Dorpater Dom.

60 Prozent der Feldgrauen, die noch nie in ihrem Leben etwas von dem Dorpater Dom gehört haben, werden sicher sehr erstaunt sein, zu erfahren, daß wegen dieses altchirurgischen Bauwerks der Krieg noch fortgesetzt werden müsse.

# Ursache und Wirkung.

Ein Mann, der sich über die Rede des Zentrumsgesandten Trimborn gegen die „Vaterlandspartei“ „gewundert“ hat, fragt über die Gründe der Trimbornschen Stellungnahme bei der Schriftleitung der „Deutschen Zeitung“ an. Er erfährt im Briefkasten des Blattes folgenden Bescheid:

„Erstens ist L. doch der Sohn eines sehr weit links stehenden Fortschrittmanne, der aus besonderen Gründen zur Zentrumspartei übertrat; zweitens hat L. die Tochter eines wollensischen Fabrikanten zur Frau und ist Anhänger eines Verständigungsfriedens (Wiederherstellung Belgiens); drittens schließlich L. doch durch die Deutsche Vaterlandspartei das Zentrum viele Parteigänger verlieren wird, wie dies auch tatsächlich der Fall ist.“

Wir haben schon viel darüber nachgedacht, warum in der „Vaterlandspartei“ so viele Fabrikanten sitzen. Sicher nur um ihrer Töchter willen!

Bundesratsarbeit. Berlin, 11. Oktober. In der heutigen Bundesratsitzung gelangten zur Annahme der Entwurf einer Bekanntmachung über Verzögerung der Beitragsrückstände in der Angestelltenversicherung, der Entwurf einer Bekanntmachung betreffend Änderung der Verordnung über die Regelung des Verkehrs mit Weib-, Strick- und Schuhwaren vom 10. Juni 23. Dezember 1916 und der Verordnung zur Ergänzung der Verordnung über die Festsetzung von Pachtpreisen für Kleingärten vom 4. April 1916.

# Industrie und Handel.

Aus dem Berliner Wirtschaftsleben.

Der zum 10. November 1917 einberufenen Generalversammlung der Bank A. G. in Berlin wird die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (i. L. 7 Proz.) in Vorschlag gebracht. Die Berliner Bank und Bankiers haben eine Bedingungs-gemeinschaft (Kontingentsvertrag) für den Wertpapierhandel gegründet, die in Kraft treten wird, sobald die Kommissionstätigkeit im Börsenverkehr wieder eingeführt wird.

Anläßlich der Einführung der jungen Aktien der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft an der Berliner Börse werden im Prospekt über den Entwicklungsgang des Unternehmens einige interessante Mitteilungen gemacht. Die Gesellschaft, die im Jahre 1883 unter der Firma „Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität“ gegründet wurde und seit 1887 ihre jetzige Firma führt, hat ihr Aktienkapital allmählich von 5 auf 200 Mill. Mark gesteigert. In den Geschäftsjahren 1911/12 bis 1915/16 betrugen die Dividenden 14, 14, 10, 11, 12 Proz. Die Gesellschaft

beschäftigte am 1. Juli 1917 79 208 Personen. Die A. E. G. hat Fabriken für alle Gebiete der Starkstromtechnik und vielerlei Erzeugnisse der Schwachstromindustrie. Gegenwärtig hat eine weitgehende Umstellung der Fabrikation auf die Erfordernisse der Kriegsverwaltung stattgefunden. Die Gesellschaft gehört Vertriebsvereinigungen für Leitungsmaterial, Isolierrohre, Stahl- und Schwachstromkabel an. Diese Vereinigungen sind mit kurzen Fristen kündbar. Der gegenwärtige Geschäftsgang ist befriedigend.

Aufsichtsrat und Vorstand der Gebr. Krüger u. Co. Aktiengesellschaft und der Karl Schöning Eisenwerkerei und Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft haben beschlossen, ihren Aktionären in einer für Freitag, den 2. November, einberufenen außerordentlichen Generalversammlung eine Fusion dergestalt zu empfehlen, daß das gesamte Vermögen der Karl Schöning Eisenwerkerei und Werkzeugmaschinenfabrik Aktiengesellschaft unter Ausschluss der Liquidation gemäß § 806 H. G. B. auf die Gebr. Krüger u. Co. Aktiengesellschaft übergeht. Den Aktionären der Karl Schöning Aktiengesellschaft wird ein Bezugsrecht auf die neuen Krüger-Aktien dergestalt angeboten, daß je 3000 M. neue Krüger-Aktien im Umtausch gegen 5000 M. Schöning-Aktien bezogen werden können. Zur Durchführung dieser Angelegenheit erhöht die Aktiengesellschaft Krüger das jezt 2 100 000 M. betragende Aktienkapital um 900 000 M., welche vom 1. Januar 1917 ab gewinnberechtigt sind. Die Verwaltung der Krüger-Aktiengesellschaft hält die Angliederung der Schöningischen Eisenwerkerei an ihren Betrieb für nützlich, weil bei der Knappheit und der erheblichen Verteuerung aller Metalle bestfalls auch längere Zeit nach Friedensschluß die Notwendigkeit bestehen wird, viele derjenigen Artikel, welche bisher in Metall hergestellt wurden, künstlich in Eisen zu herstellen. Die Fortführung des Eisengießereibetriebes geschieht durch eine unter der Firma Karl Schöning G. m. b. H. zu begründende neue Gesellschaft, deren gesamte Stammanteile von der Aktiengesellschaft Krüger übernommen werden.

Der Geschäftsführende Ausschuß des Reichsbundes Deutscher Textilbetriebsverbände hat beschlossen: Zur Ersparnis von Beleuchtung und Heizung ist durchgehend eine Geschäftszeit an Wochentagen von nicht länger als 9 bis 5 Uhr, Sonnabends bis 7 Uhr und in der Weihnachtzeit (12. bis 24. Dezember) von 9 bis 7 Uhr vorzuschlagen.

In der seit längerer Zeit zur Erörterung stehenden Frage der Gründung von Kleinhandelskammern kam ein Beschluß dahin zustande, daß eine Schaffung solcher Kammern für den Kleinhandel nicht empfehlenswert sei. Dagegen müsse auf eine Veränderung des Handelskammergesetzes, besonders der Wahlordnung für die Handelskammern, energig hingewirkt werden, damit der Einzelhandel in den Handelskammern einen größeren Einfluß gewinne. Wenigstens aber müßten die Kleinhandelsausschüsse in größerem Maße als bisher mitbestimmende Faktoren der Handelskammern werden.

# Es wird glänzend weiter verdient.

Die Mannesmann-Röhren-Werke haben jezt ihren Geschäftsbericht erscheinen lassen, der trotz mancher Klagen ein wahrhaft glänzendes Bild entwirft. Der Rohertrag ist von 19 Mill. Mark im letzten Friedensgeschäftsjahr 1913/14 auf 52,2 Mill. Mark im Jahre 1916/17 gestiegen. Die Handlungsunkosten haben sich nur von 8,4 auf 5,4 Mill. Mark erhöht, was zeigt, daß die Direktion durch organisatorische Maßnahmen die Folgen der Kriegsteuerung abmindern konnte und daß offenbar auch die Löhne weit weniger als die Gewinne gestiegen sind. Die Abschreibungen haben sich von 9,8 auf 12,8 Mill. Mark, der Ueberschuß hat sich von 6,8 auf 26,8 Mill. Mark erhöht. Die Dividende ist von 7 1/2 auf 16 Proz. gestiegen. Außerdem wurden 8,0 Mill. für besondere Rücklagen und Zuwendungen bereitgestellt und 4,8 Mill. Mark auf neue Rechnung vorgezogen. Für das letzte Friedensgeschäftsjahr lauten die entsprechenden Zahlen 0,6 Mill. und 1,6 Mill. Mark.

Erkant haben die Selsenkirchener Gussstahl- und Eisenwerke gearbeitet, die im ersten Kriegsjahre 1914/15 einen Reingewinn von 1,98 Millionen Mark, im Jahre 1916/17 von 5 Millionen Mark bei einem Aktienkapital von nur 4,5 Millionen Mark erzielten. Die Dividende ist von 12 auf 35 Proz. gestiegen. Die Sächsische Gussstahl-Fabrik zu Döhlen bei Dresden hat ihren Reingewinn auf 9,6 Mill. Mark gegen 6,8 Mill. Mark im Vorjahre gesteigert und verteilt wieder 30 Proz. Dividende.

# Die Kohlennot.

Aus dem Ruhrgebiete erlören bereits Klagen über mangelnde Wapengestellung. Die Förderung hielt sich im September auf der bisher erreichten Höhe. Man will versuchen, möglichst viele Arbeitskräfte frei zu machen, besonders auch Frauen und ehemalige Vergleute unter 60 Jahren, die in einem nicht zivildienstfähigen Berufe beschäftigt sind. In unrichtigen Kreisen wird behauptet, daß die Haushaltungen mit Kohle beliebert werden können. Das ist um so glaublicher, als der Hausbrand einen nur verschwindend kleinen Teil an dem gesamten Kohlenverbrauch (etwa 10 Proz.) ausmacht. Auch auf der jüngsten Generalversammlung der Münchener Brauhaus-A. G. in Berlin ist bemerkt worden, daß die Brauereizusammenlegung nicht mehr so sehr wie bisher durch die Kohlenfrage notwendig erscheint. Ob die Ueberzeugung von einer Entspannung in der Kohlenfrage auch für die Industrie begründet ist, ist allerdings noch nicht vollkommen klar. Aber immerhin scheint es bei Anspannung aller Kräfte, daß der unerwünschte Kohlenreichtum Deutschlands in größerem Maße als bisher nutzbar gemacht werden kann. Angesichts des früh einsetzenden winterlichen Wetters ist das eine Hoffnung, die nicht freudig genug begrüßt werden kann.

# Letzte Nachrichten.

Sprengung des Deutschen Nationalverbandes.

Wien, 11. Oktober. Die Deutsche radikale Partei hat in ihrer heutigen Sitzung beschlossen, aus dem Deutschen Nationalverband auszutreten.

# Einnützig gegen die Zensur!

Wien, 11. Oktober. Das Abgeordnetenhause nahm die Anträge des Pressenausschusses betreffend Aufhebung der politischen Zensur nach kurzer Debatte an, worin sämtliche Redner für die Wiedereinführung der vollständigen Pressefreiheit eintraten.

# Ein irisches Revolutionsheer.

Rotterdam, 11. Oktober. Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ berichtet ein Mitarbeiter der „Daily Mail“, der den Führer der revolutionären irischen Armee in Bestirland De Valera besuchte, daß De Valera jezt 15-20 000 gut ausgebildete Freiwillige unter seinem Befehl habe. Der Mitarbeiter der „Daily Mail“ sah ganze Eisenbahnzüge mit Freiwilligen, die sich auf der Heimreise befanden und hieße Rufe wie „Es lebe die Revolution, es lebe De Valera“. In der Schiffahrt Clona sind 80 Proz. der Bevölkerung Anhänger der Sinnfeindbewegung und auch die Frauen und Priester arbeiten unermüdet für die irische Republik. Der Tod des Sinnfeind Thomas Ashe habe viele Hunderte, die noch schwanken, befehrt und die Zahl der Mitglieder der Sinnfeindbewegung nimmt beständig zu. Ueberall wo De Valera sich zeigt, wird er begeistert empfangen.

# Gewerkschaftsbewegung

Berlin und Umgegend.

## Konferenz der Lagerhalter.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte für den 8. und 9. Oktober eine Vertreterkonferenz der bei ihm organisierten Lagerhalter der Konsumvereine veranstaltet. Die Konferenz hatte den Zweck, eine Ansprache über die durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen im Lagerhalterberufe herbeizuführen. Die Verhandlungen wurden eingeleitet durch ein Referat des Kollegen Böhm über die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Konsumgenossenschaftlichen Lagerhalter. Er wies darauf hin, daß die Gehaltsverhältnisse im allgemeinen schon vor dem Kriege verbesserungsbedürftig waren. Der Krieg hat aber eine Teuerung herbeigeführt, die durch die inzwischen gewährten Teuerungszulagen nicht im entferntesten wettgemacht worden ist. Es muß darauf Bedacht genommen werden, die Grundlöhne zu erhöhen. — An das Referat schloß sich eine längere Aussprache. Die Redner waren sich darüber einig, daß die Entlohnung der Lagerhalter durchaus nicht dem genüge, was ihnen entsprechend ihrer arbeitsreichen und verantwortungsvollen Tätigkeit zukommt. Nicht nur an der ungenügenden Entlohnung leiden die Lagerhalter, es sei auch infolge der Warenabgabe durch das Marktwirtschaften die Menge der zu leistenden Arbeit größer geworden. Die Arbeitslöhne werden also häufiger ausgenutzt als früher. Zur Sprache kam auch, daß einzelne Konsumvereine die Stellvertreterinnen der zum Weeresdienst eingezogenen Kollegen zu gering entlohnen.

Die Arbeitszeit des Verkaufspersonals der Konsumvereine bedarf dringend der Verkürzung. Es seien daher die Maßnahmen zu treffen und zu fördern, durch die eine Herabsetzung der Ladenöffnungszeiten herbeigeführt wird. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat eine Umfrage bei den Genossenschaften veranstaltet. Hierbei haben sich rund 1000 Konsumvereine für den gesetzlichen Ladenöffnungszeitplan erklärt. Es wurde beschlossen, daß eine Erhebung über die Gehalts- und Teuerungszulagen stattfinden sollte und ferner folgende Entlohnung gefordert:

Die am 8. und 9. Oktober in Würzburg tagende Konferenz der Sektion der Lagerhalter im Zentralverband der Handlungsgehilfen stellt nach eingehender Erörterung der Gehalts- und Arbeitsbedingungen der Lagerhalter fest, daß die vor dem Kriege schon zu niedrige Vergütung durch die Teuerung der Lebenshaltung während des Krieges neue bedeutende Verschlechterungen erfahren hat. Die nur teilweise gewährleisteten Teuerungszulagen sind als unzulänglich anzusehen. Es ist deshalb notwendig, die Tarifverträge zu kündigen und eine Erhöhung der Grundgehälter zu erstreben.

Neben dieser Regelung sind entsprechend den örtlichen Verhältnissen Teuerungszulagen zu verlangen. Um dies zu erreichen, sind die Lagerhalter bereit, alle bis den Gewerkschaften zur Verfügung stehenden Mittel und Maßnahmen zur Anwendung zu bringen.

Am zweiten Verhandlungstage wurden besondere Verursachen und organisatorische Angelegenheiten besprochen. In einer längeren Erörterung führte ein Mandatnehmer, welches einzelne hiesige und hiesigstädtische Kollegen an die Besitze geschickt hatten. Der Hauptvorstand hatte dieses Mandatnehmer schriftlich beantwortet und die gegen ihn erhobenen Kritik als im wesentlichen unberechtigt bezeichnet. In der Diskussion darüber wurde hauptsächlich die Frage erörtert, ob dem Mandatnehmer des Hauptorgans „Zentralblatt“ genügende Bewegungsfreiheit gewährt werde. Von einigen Vorstandsmitgliedern wurde dies unbedingt bejaht. Hierzu wurde schließlich folgende Resolution mit 29 gegen 10 Stimmen angenommen:

„Jede Beeinträchtigung des Redakteurs durch Vorstand und Ausschuss des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen ist zu unterlassen, der allein nur zu entscheiden hat, welche Artikel ausnahmsweise veröffentlicht sind und welche nicht. Dem Vorstand oder einzelnen Mitgliedern desselben soll es unbenommen bleiben, gegen Artikel oder Zuschriften, die ihren Ansichten nicht entsprechen, im „Zentralblatt“ oder der „Handlungsgehilfen-Zeitung“ zu polemisieren, jedoch nur in dem Rahmen, der jedem anderen Mitgliede unseres Verbandes auch zusteht.“

## Die erhöhte Teuerungszulage der Schuhmacher.

Eine gutbesuchte Brandenburger Versammlung der Schuhmacher der Mark Brandenburg tagte am Mittwoch, um den Bescheid des Arbeitgeberverbandes auf den Bescheid der letzten Versammlung entgegen zu nehmen. Die Arbeitgeber hatten die geforderte neue Teuerungszulage in zwei Raten bewilligen wollen, wovon die zweite erst am 1. Januar fällig werden sollte. Die vorige Brandenburger Versammlung hatte es abgelehnt, darauf einzugehen und hatte beschlossen, auf absehbare Bewilligung der ganzen Forderung zu bestehen. Darauf haben nun, wie Hamacher am Mittwoch berichtete, die organisierten Schuhmachermeister sich bereit gefunden, die ganze Forderung ab 15. Oktober zu bewilligen. Zu den früheren Teuerungszulagen kommt eine neue Zulage von 50 Prozent für die Stülchlohnarbeiter und von 30 Prozent für die Zeithilfsarbeiter, so daß vom 15. Oktober ab die gesamte Teuerungszulage der Stülchlohnarbeiter 100 Prozent, und der Zeithilfsarbeiter 75 Prozent betragen wird.

Die Versammlung beschloß einstimmig, das Angebot anzunehmen.

Es wurde dann darauf hingewiesen, daß der jetzige Tarifvertrag, ein vierjähriger Vertrag, am 1. April 1918 abläuft, falls er 1. Januar fällig wird. Zurzeit sei die Situation zu unübersichtlich, um dazu etwas Bestimmtes zu sagen. Auf jeden Fall müßte die Kollegenchaft allen Möglichkeiten gewappnet gegenüberstehen. Daher sei es notwendig, den letzten Raum zur Organisation einzunutzen.

## Zusammenschluß in der Angestelltenbewegung.

Die Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht, der die gewerkschaftlich getätigten Verbände der kaufmännischen, technischen und Bureauangestellten angehören, hat im Verlaufe des Krieges ihr Tätigkeitsgebiet wesentlich ausgedehnt. Der Gedanke der Vereinheitlichung und Sozialisierung des Arbeitsrechtes fand zwar nach wie vor im Vordergrund ihrer Wirksamkeit, doch konnte auch auf den übrigen Gebieten der Sozialpolitik, insbesondere in der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bei der Durchführung des Hilfsdienstgesetzes und den Vorbereitungen für die Organisation der Übergangswirtschaft eine wertvolle umfangreiche Gemeinschaftsarbeit geleistet werden. Die erzielten Erfolge und die nach dem Kriege bevorstehenden schwierigeren wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben der Angestelltenbewegung ließen es geboten erscheinen, aus der bisher losen Arbeitsgemeinschaft ein fester gefügtes Kartell zu schaffen. Eine kürzlich abgehaltene Vorstandskonferenz aller angeschlossenen Verbände hat deshalb einstimmig beschlossen, die bestehende Arbeitsgemeinschaft für das einheitliche Angestelltenrecht zu einer Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände auszubauen. Nach den allgemeinen Satzungen ist die A. f. A. die gemeinsame Vertretung der ihr angeschlossenen Verbände auf der Grundlage eines reinen und einheitlichen Arbeitnehmerstandpunktes. Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich auf die Durchsetzung gemeinsamer gewerkschaftlicher Ziele auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete. Die Arbeitsgemeinschaft ist im Beirat des Reichsausschusses und im Beirat des Reichskommissars für Übergangswirtschaft vertreten; ihre Geschäftsstelle befindet sich Berlin NW. 52, Berthstr. 7.

## Parteinachrichten.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für die Reichstagswahlkreise Köln-Stadt und Köln-Land beschloß in einer Hauptversammlung einstimmig und ohne Debatte, den wöchentlichen Beitrag von 10 auf 15 Pf. zu erhöhen. Die Vertreterinnen der Frauen verlangten die Beitragserhöhung auch für die Genossinnen, die bei gleichen Rechten auch gleiche Pflichten haben wollten.

In einer mehrstündigen lebhaften Aussprache kam es über die Friedensfrage und über die Arbeit der Deutschen Vaterlandspartei. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Entschiedenheit an: „Wir erheben Einspruch gegen die unklare Haltung der Reichsregierung in den Fragen der Kriegsziele, gegen die offensichtliche Beschränkung der Deutschen Vaterlandspartei und gegen die Verschleierung der Neuordnung im Innern. Die Unterstützung und die Erregung über die skandinavische Friedenspolitik, über die Unfreiheit im Innern, über Mangel und Hunger sind in sehr weiten Volksteilen groß. Die Versammlung erwartet, daß die Stimmung und die Forderungen der Volksmassen in der Front und in der Heimat auf dem Sozialdemokratischen Parteitag in entsprechenden Beschlüssen klar und scharf zum Ausdruck kommen. In diesen Beschlüssen muß ferner mit aller Bestimmtheit ausgesprochen werden, daß unsere Reichstagsfraktion gezwungen ist, ihre bisherige Stellung entschieden zu ändern, wenn die Regierung ihre Politik der Zweideutigkeit und des Jögerns noch länger fortsetzt. Die Verantwortung für die sich daraus ergebende Lage haben die deutsche Regierung und ihre Hintermänner zu tragen.“

Die Versammlung beschäftigte sich dann mit einem bemerkenswerten Angebot der beiden bürgerlichen Kathosfraktionen, die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen burgfriedlich zu regeln. Bisher ist die Sozialdemokratie, obwohl sie bei den Reichstagswahlen die stärkste Stimmenzahl hat, im Rathaus nicht vertreten. Sowohl der frühere Oberbürgermeister Walraf wie sein Nachfolger Aenauer haben sich bemüht, die bürgerlichen Parteien zur Abgabe einiger Sitze an die Sozialdemokratie zu bewegen. Das Zentrum will nun zwei Mandate abtreten, die Liberalen eins. Die Versammlung erteilte dem Vorstand die Genehmigung, zu verhandeln.

### Ein Stockholm in Oesterreich nötig!

Für die Wiedervereinigung der österreichischen Sozialdemokratie aus ihren ehemaligen Bestandteilen, den Parteien der einzelnen Nationen, tritt Abg. Dr. Karl Renner im „Kampf“ ein. In Stockholm, fern von der heimlichen Enge und Rücksichtslosigkeit, hätten die Abgeordneten der einzelnen österreichischen sozialdemokratischen Parteien sowohl die Verbundenheit der Jetztzeit wie die Notwendigkeit der Vereinigung zu gemeinsamer Führung des proletarischen Kampfes nach dem Krieg erkannt oder sich doch dieser Erkenntnis genähert. Auch der nationale Pöppel in der österreichischen Sozialdemokratie wisse, wie der nationale Kampf in Oesterreich überhaupt, Kriegsberängernd. Die Wiedervereinigung der Parteien könnte etwas auf die Beendigung des Krieges von Einfluß sein, sie sei aber zwingend notwendig für die Zukunft, in der ein durch den Krieg ungeheuer gestärkter Kapitalismus dem Proletariat die Zähne zeigen werde. Bevor die Oesterreicher den Stockholmer Beratungskongress betreten, müßten sie sich hierüber klar sein und darüber, daß die demokratische und sozialistische Entwicklung die sicherste Friedensbürgschaft sei. Oesterreichs Sozialisten brauchen nicht nur das Stockholm weit oben im fernem Norden, sie brauchen auch ein Stockholm dabei im eigenen Lande.

## Soziales.

### Die Angestelltenversicherungspflicht während des Krieges.

„Die Arbeiterversorgung“ gibt in ihrer Oktobernummer einer Zuschrift Raum, deren Verfasser es für zweckmäßig hält, sich am „Vorwärts“ zu weiden. Nach dem Angestelltenversicherungsgesetz sind in fünfjährigen Zeiträumen versicherungstechnische Bilanzen aufzustellen. Deren erste

war für den 31. Dezember 1913 fällig. Der Bundesrat hat nun am 16. August bestimmt, daß die erste dieser Bilanzen für den Schluß des Kalenderjahres aufzustellen sei, das als viertes dem Jahre folgt, in welchem der gegenwärtige Krieg zu Ende ist. Das ist gelassen, weil durch die starke Vermehrung der Angestellten weiblichen Geschlechts sowie durch den Uebertritt vieler früher selbstständig gemessener Personen in ein versicherungspflichtiges Angestelltenverhältnis eine große Veränderung in der Zusammenlegung des Versichertenbestandes durch den Krieg eingetreten ist. Erst nach einer Reihe von Jahren werden wieder geordnete Verhältnisse eintreten und dann erst, so laut eine amtliche Meldung, liegen die statistischen Neuaufnahmen vornehmlich. Der Wiedergabe dieser amtlichen Meldung in Nr. 228 des „Vorwärts“ hatten wir die Bemerkung angefügt, daß sie eine Illustration der Forderung auf Vereinheitlichung der Versicherungsweize sei. Es könne doch im Grunde kein Mensch behaupten wollen, es sei ein gerechter Zustand, daß all den vielen, die der Krieg vorübergehend der Angestelltenversicherung unterstellt habe, das Geld jährelang in Form von recht ansehnlichen Beiträgen aus der Tasche genommen werde, ohne daß sie jemals eine Gegenleistung erhielten. Der größte Teil derjenigen, die jetzt in solchen Massen vorhanden seien, daß die Aufstellung der Bilanz unmöglich werde, werde später wieder aus den Reihen der Angestellten verschwinden. Sie hätten dann schließlich zugunsten der Sonderversicherung schwere Opfer bringen müssen.

Die Zuschrift der „Arbeiterversorgung“ meint, es sei rein sachlich nicht zu verstehen, was die von den Kriegsumwälzungen beeinflusste Zweckmäßigkeit einer versicherungstechnischen Bilanz mit der Vereinheitlichung zu tun, was für einen Vorteil insbesondere hiervon die Angestelltenchaft für die Aufstellung der Bilanz haben könnte. Dieser Einwand erscheint geradezu an den Haaren herbeigezogen. Selbstverständlich hat die von den Kriegsumwälzungen beeinflusste Zweckmäßigkeit einer versicherungstechnischen Bilanz mit der Vereinheitlichung nichts zu tun. Aber die Motive des Bundesratsbeschlusses vom 16. August — völlige Unübersichtlichkeit der versicherungstechnischen Verhältnisse auf dem Gebiete des V. f. A., starke Veränderung in der Zusammenlegung des Versichertenbestandes zeigen, wie falsch die Abtrennung dieses Versicherungszweiges von der gesamten Arbeiterversicherung ist. Die für diesen Zweck von den ihr vorübergehend unterstellten getätigten Beiträge haben für diese gar keinen Nutzen; sie fließen indirekt den ständig Versicherten zu. So falsch es in der Zuschrift an die V. f. A. ist, von einer alten Abneigung des „Vorwärts“ gegen irgendwelche geizgeberische Maßnahmen auf die besonderen sozialen Bedürfnisse der Privatangehörigen zu sprechen, so sehr müssen wir sagen, daß wir von prinzipieller Abneigung gegen irgendwelche geizgeberische Sonderstellung erfüllt sind, die nicht sachlich geboten ist. Sachlich geboten wird eine andere Fassung des Arbeiterrechts der Privatangehörigen bei der Schaffung eines einheitlichen Arbeiterrechtes sein, aber keineswegs ist die sachliche Sonderstellung bezüglich der Versicherungsverhältnisse geboten. Gerade jetzt zeigt sich, wie die Verhältnisse eine schwere Schädigung der nur vorübergehend in die Versicherung Hinzugekommenen mit sich bringt. Mit geradezu edler Freigebigkeit bekreuzt die Zuschrift an die „Arbeiterversorgung“ eine solche Schädigung. Sie meint, durch eine Verordnung des Bundesrats vom 30. September 1916 seien die durch den Krieg vorübergehend in ein Angestelltenverhältnis gelangten Personen „überhaupt nicht versicherungspflichtig zur Angestelltenversicherung“ und es sei ja in ihre eigene Wahl gestellt, ob sie versichert sein wollen oder nicht. Wenn diese Behauptung zutreffend wäre, würde ja für die Bundesratsentscheidung vom 14. August gar kein Raum sein. Sie geht ja gerade von der Annahme eines nur vorübergehenden in die Versicherung gelangten großen Personenkreises aus. Die Behauptung ist aber falsch; es wird — wir können nur annehmen behaupten — die Verordnung vom 30. September 1916 falsch wieder gegeben. Es heißt in dem grundlegenden § 1 dieser Verordnung: „Personen, die vor dem gegenwärtigen Kriege eine an sich nach dem Versicherungsgesetz für Angestellte versicherungspflichtige Tätigkeit nicht ausgeübt haben und auch nach Beendigung des Krieges voraussichtlich nicht ausüben werden, sind hinsichtlich einer nur für die Dauer des Kriegeszustandes angenommenen, an sich versicherungspflichtigen Beschäftigung nicht versicherungspflichtig nach dem V. f. A.“ Die Zahl der Personen, die nur für die Dauer des Kriegeszustandes angenommen sind, ist jetzt überaus gering. Zum Teil ist gar nicht über die Dauer der Beschäftigung vereinbart, deshalb oder auch sind sie heute versicherungspflichtig, müssen Beiträge zahlen und haben in ihrer großen Mehrzahl mit der späteren Aufgabe der jetzigen Beschäftigung auch nicht den geringsten Erfolg aus dieser Beitragzahlung. Bei einer einheitlich alle Personen umfassenden Versicherung würde dies vermieden sein.

Wir müssen gestehen, daß uns selten eine so unglaublich ungehörige Anempfehlung vorgekommen ist. Man scheint in dem Kreise der an der Sonderversicherung der Privatangehörigen besonders interessiertem außerordentlich herabgewordene zu sein. Sonst würden sie nicht mit solch halloisen, sogar die Wahrheit falsch wiedergebenden Entwendungen in die Öffentlichkeit treten.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (S. a. G. Hamburg). Filiale Baumhäuserweg. Am Sonnabend, den 13. Oktober, abends von 8<sup>1/2</sup> bis 10 Uhr, wird im Lokal von Vorch, Alster 101, eine Kneipolympia, stattfinden.

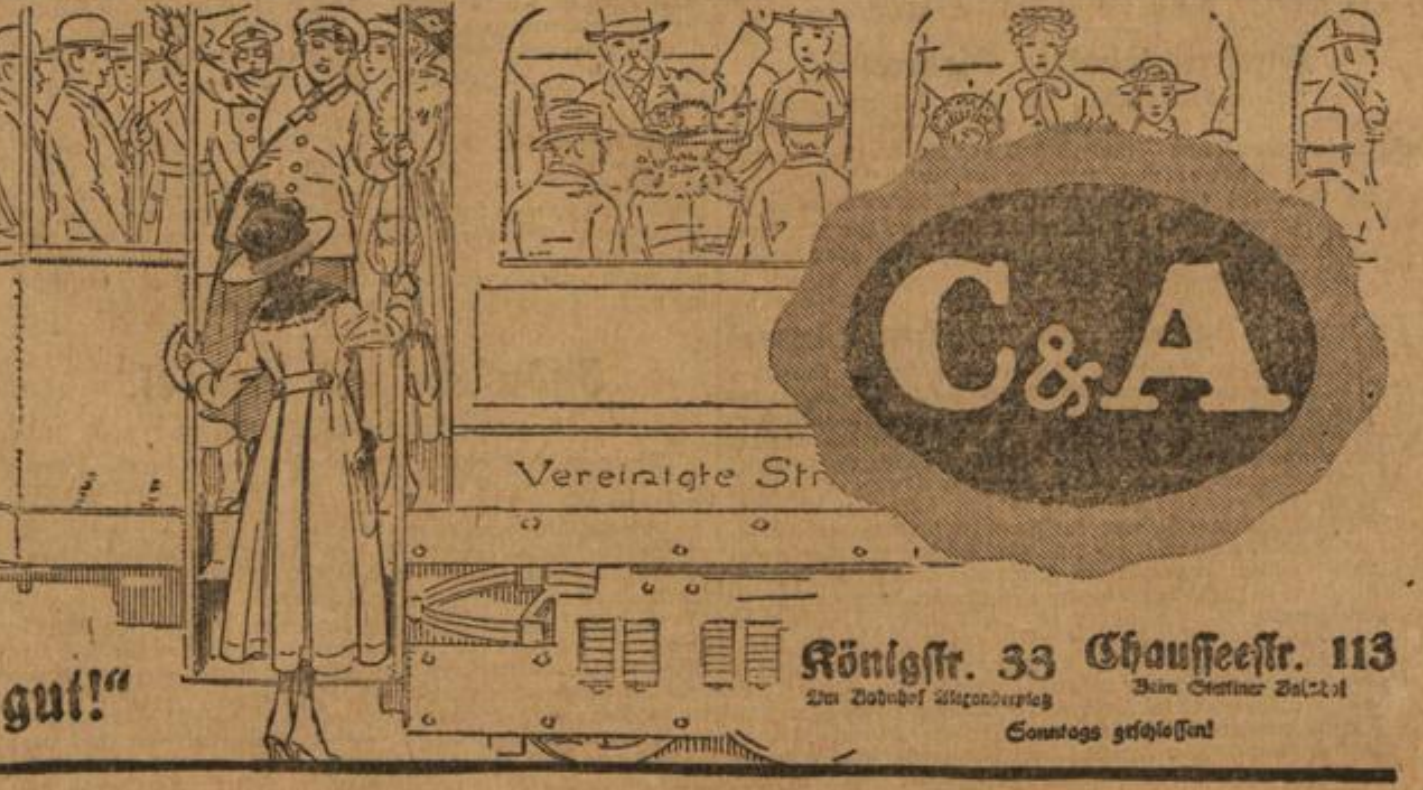
**Wetterausblick für das mittlere Norddeutsche bis Sonnabend** mittags. Heftig kühler und stürmischer, mit weit verbreiteten, östlich der Oberelbe vielfach starken, im Westen meist geringen Regenschauern.

Beamtentafel für Politik: Reichs-Kultur, Berlin; für den Reichsausschuss: Alfred Schott, Potsdam; für Industrie: Th. Oester, Berlin. Druck u. Verlag: Schmidt's Buchverlag u. Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin SW.

Siehe 2. Beilage und Unterhaltungsblatt.

# Besetzt!

Wie oft gehört!  
Wie ärgerlich empfunden!  
Ander bei uns! Auch hier  
allerdings großer An-  
drang. Aber trotzdem stets  
höfliche, liebenswürdige  
Bedienung und beim Ein-  
kauf die Ueberzeugung:  
„Mit C & A fährt man gut!“



Königsstr. 33 Chausseestr. 113  
Der Todendof Altonaer Platz  
Sonntags geschlossen!